

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wth. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Dübbersbergstraße 11, Fernsprecher 125. • Postfachkonto Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Dübbersbergstraße 4, Fernsprecher 125.

Anzeigenpreise: Die 27 mm breite Zeile in 1 mm Höhe im Druck...
Anzeigenpreise: Die 27 mm breite Zeile in 1 mm Höhe im Druck...
Anzeigenpreise: Die 27 mm breite Zeile in 1 mm Höhe im Druck...

Nr. 123.

Donnerstag, den 28. Mai 1925.

97. Jahrgang.

Preußischer Städtetag in Köln.

Begrüßungsabend.

Köln, 27. Mai. Zu Ehren des am 27. und 28. b. M. in Köln stattfindenden 10. Städtetages veranstaltete die Stadt Köln gestern einen Begrüßungsabend. Dabei hieß der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Dr. A. Benauer, die Gäste willkommen. Er führte u. a. folgendes aus: Die Stimme des Rheins habe die Anwesenden an seine heiligen Ufer gerufen, die seit über 1000 Jahre deutsch sind. Sie seien gekommen, um den deutschen Rheinländern zu zeigen, daß sie alle mit den Rheinländern so fest zusammenhängen wie die tiefe mit dem Meer. Die Versammlung lasen dann stehend das Deutschlandlied.

Dann ergriß Oberbürgermeister Koch von Berlin das Wort: Wir sind auch hierher gekommen, um Einheit und Recht und Freiheit, wie wir es eben gefunden haben, zu betonen im Zusammenhang mit der Brüderlichkeit, die uns im ganzen Reich und in Preußen mit dem Rheinlande verbindet. Der Deutsche braucht die Freiheit, um leben und arbeiten zu können. In dieser Zeit, in der die Völker von Freiheit und Arbeit und Demokratie reden, bleiben uns Deutschen gerade diese besten Güter der Menschheit verfallen. Nur wenn wir Charakter und Kraft und Mut aufbringen in den entscheidenden Jahren, die vor uns liegen, nur dann wird der Tag der Freiheit kommen. Aber er wird kommen, und er muß kommen, so gewiß wie wir Deutsche sind, der Rhein leben und unsere vaterländischen Strom in Sage und Lied von unserer Jugend an durch tausend Generationen hindurch geliebt haben. (Beifall.) Aufrichtige und gefühlvolle Darbietungen beendeten den Festabend würdevoll.

Erster Verhandlungstag.

TU. Köln, 27. Mai. Heute vormittag 9.45 Uhr wurden im großen Saale des Westhofes die offiziellen Verhandlungen eröffnet. Oberbürgermeister Koch begrüßte im Namen des Vorstandes die sehr zahlreich erschienenen Herren, insbesondere die Vertreter der Staatsregierung, des Innenministeriums, des Finanzministeriums, des Wohlfahrtsministeriums, des Oberpräsidenten der Rheinprovinz und den Regierungspräsidenten; ferner den Landeshaushalt, den Polizeipräsidenten, sowie Vertreter der Selbstverwaltungen aus den deutschen Ländern, der Städtetage, des Reichstädtetages, der Landgemeindegemeinschaft und aller übrigen Organisationen.

Der Preußische Städtetag tritt zu einem Zeitpunkt zusammen, in dem das Reich und die Länder im Begriff stehen, Fragen zu entscheiden und neue zu regeln, die von grundlegender Bedeutung für die Gestaltung der deutschen und preussischen Städte sind. In sehr unerfreulicher Weise werden die Beziehungen der Kommunen zu den Ländern und zum Reich zur Zeit in Berlin behandelt. Redner

wendet sich gegen die allgemein verbreitete Auffassung vom Geldüberfluß der Gemeinden

und weist darauf hin, daß seit der Beseitigung der Inflationswirtschaft die preussischen Städte fast finanziell in einem Schwebestadium befinden und daher mit den Maßnahmen der Staatsregierung auf diesem Gebiet keineswegs einverstanden sein könnten. Gegenüber den Vertretern der Reichsregierung, den Gemeinden und den bauerne neuen Lasten aufzuerlegen, weist der Redner darauf hin, daß der Bedarf der preussischen Städte heute bereits, wie in der Friedenszeit, in welchem Umfang festgelegt sei, und daß dieser Bedarf, wenn er nicht aus Reichsteuern gedeckt würde, durch kommunale Steuern, insbesondere durch Gewerbesteuern und höhere Verkehrssteuern, gedeckt werden müsse.

Ministerialdirektor Wulert vom Ministerium des Innern weist auf die Bedeutung hin, die sich aus Zeit und Zeit der Tagung ergeben. Wenn die Vertreter

der größten und zahlreichsten Gemeinden des unbefestigten Gebiets nach Köln und ins Rheinland gekommen seien, so erblicke er darin den Widerhall der Zahlensprüche auch im unbefestigten Gebiet.

den Ausdruck des innigsten Zusammengehörigkeitsgefühls zwischen befestigten und unbefestigten Gebiet.

Der Redner unterstreicht, daß von Seiten der Aufsichtsbehörden stets die Forderung auf Zuweisungen und Zuteilungen durch das Reich, die den gegenwärtigen Aufgaben und Verhältnissen Rechnung tragen, und auf Wiederherstellung und Selbstverwaltung der Gemeinden unterstellt worden sei. Der Redner umriss in längeren Ausführungen die Umstellungen in der Wirtschaft der Kommunen, wobei er besonders erwähnte, daß die Einkünfte, die vor dem Kriege die wichtigste Basis vieler Gemeinden gewesen sei, infolge des Ausfalls der Braunkohle und der sogenannten weißen Kohle, der Wasserkraft, und der daraus sich ergebenden Einschränkungen des Verbrauchs, nicht mehr die Rolle spiele wie in der Vorkriegszeit. Durch die gegenüber der Vorkriegszeit unverhältnismäßig bedeutender gewordenen Betätigung der Kommunen auf wirtschaftlichem Gebiet könne jeder soziale Gedanke in stärkerer Weise berücksichtigt werden. Aufgabe der Aufsichtsböden aber sei es, die kommenden maßgebenden Gesichtspunkte herauszufinden. Man könne in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Gemeinden das erreichen, was hier notwendig ist. In diesem Zusammenhang bitte er die zahlreichen Grüße aufzufassen, die er im Namen des Staatsministeriums, der beteiligten führenden Ministerien, des Finanzministeriums, sowie des Ministeriums des Innern, des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten überbringe. Er schloß mit dem Wunsch, daß die heutige Tagung ein Markstein sein möge in der Entwicklung der Kommunen.

Oberbürgermeister Sipp-Regenburg überbrachte als erster Vorredner des Väterlichen Städtebundes die Grüße der übrigen deutschen Städte. Er wies, daß alle Teilnehmer ein Dreifaches mit nach Hause nehmen würden, zunächst den

Stolz darauf, trotz allem deutsch zu sein,

weiter die neugestaltete und neugestaltete Liebe zum deutschen Vaterland und als drittes das Gelb des unüberbrücklichen Treues zum Deutschen Reich und das Bewußtsein, daß alle Städte und alle Länder in Schicksalsgemeinschaft zusammengehören. Wir wissen, daß es eine wahre, uneingeschränkte, völlig freie Stadtwirtschaft nur in einem inneren und außenpolitisch völlig freien Deutschland gibt, und daß diese Freiheit und freie deutsche Verwaltung sich bald erfüllen möge.

Darauf berichtete Oberbürgermeister Dr. Linden über die Frage der kommunalen Verfassung oder Entkommunalisierung städtischer Verhältnisse. Er schilderte den historischen Wandel, die Entwicklung in allen Ländern vom Privatbetrieb zum öffentlichen Betrieb auf dem Gebiet der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung, sowie der Straßenbahn und legte dar, wie kurz vor Ausbruch des Krieges die Überlandzentralen sich zu gemischt wirtschaftlichen Betrieben entwickelten. Weiter schilderte er den Entwicklungsgang der städtischen Werke während des Krieges und nach dem Kriege unter Einwirkung der Sozialisierungsidee und der Inflation, die Schwierigkeiten in den Werken nach dem Kriege, sowie die finanziellen Schwierigkeiten in der Inflationszeit, namentlich aber die Politisierung der städtischen Verwaltungen und Verteilungen, die den Ruf nach der Entkommunalisierung begründeten. Er stellte die vier Formen städtischer Verwaltung dar: das System der Zwillingsgesellschaft, das System der Frankfurter Schiene, das Königsberger System und das Leipziger System

und führte weiter aus, wie man mehr und mehr von dem Leipziger System abkomme, das lediglich im Rahmen der Städteordnung eine Verflechtung der städtischen Betriebe anstrebe. Nachdem Redner dargelegt hatte, daß nur Zweckmäßigkeitsabwägungen und nicht politische Einstellung über diese Dinge entscheiden sollten und tatsächlich entscheiden hätten, behandelte er das statistische Material, das von privater Seite herausgebracht worden ist.

um die geringere Wirtschaftlichkeit der städtischen Betriebe nachzuweisen.

Er kam zu dem Ergebnis, daß dieser Nachweis nicht gelungen sei. Die neue Entwicklung scheine auch bei Auslandsverträgen dahin zu gehen, daß gemischte Unternehmungen nur öffentlichen Verhältnissen gebildet werden. Das Königsberger System scheine neuerdings Beanstandungen zu erleben, insbesondere von Seiten der Stadterbetreuer. Die Zukunftsentwicklung werde wesentlich beeinflusst sein von den finanziellen Möglichkeiten und von der Entwicklung des öffentlichen Kredits. Der Vorkriegsstand würde durch die Einräumung einer gewissen Beteiligung der Direktoren zu begünstigen sein. Im übrigen werde aber in den Betrieben nach den kriegswirtschaftlichen Methoden nach amerikanischem Muster gearbeitet werden müssen. Nachdem Redner die Ergebnisse einer neueren Enquete in den benachbarten europäischen Ländern mitgeteilt hatte, stellte er besonders das Wiener System zur Empfehlung, bei dem auf Ueberwälzung zur Entlastung der Steuerzahler verzichtet wird und die Werke nur für sich selbst wirtschaften. Die Entkommunalisierung, meinte er, scheine zum Stillstand gekommen zu sein, nachdem die Währung wieder stabilisiert ist. Hierfür tritt in den Verhandlungen eine halbtägige Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen tritt der zehnte Preussische Städtetag in die Diskussion ein, die sich mit der Frage der Betriebsform kommunaler Unternehmungen und mit dem Problem der Aufwertung kommunaler Anleihen befaßt. Oberbürgermeister Dr. Krause-Schneidemühl befürwortete gemischt wirtschaftliche Betriebsformen, die zum mindesten für kleine und mittlere Städte das Gelegene sei. Oberbürgermeister Drauer-Altona betonte demgegenüber, daß es sich bei der gemischt wirtschaftlichen Form um eine Entkommunalisierung, wenn auch nur um eine teilweise, handle und befürwortete sich zu den rein kommunal wirtschaftlichen Betrieben. Stadterbetreuer W. A. L. Köln glaubt, daß die Großindustrie sich selbst erheblich schade, wenn sie sich den Belangen der Kommunen entgegenstemme. Man könne in der Frage der monopolartigen Betriebe gar nicht im Zweifel sein, daß sie in der öffentlichen Hand bleiben müssen, um in erster Linie den Interessen der Allgemeinheit zu dienen und erst in zweiter Linie Ueberwälzungen zu sein. Zur Frage der Verwertung kommunaler Betriebe, die von der Reichsregierung herabgelassen worden sei, erklärte der Redner, daß dadurch die Preisentwertung verhindert werden würde, daß im Falle einer Verstaatlichung der Unternehmungen mit Steuern, sofort Tarifsteigerungen vorgenommen werden müßten, die jeden Verbraucher und Produzenten treffen würden. Oberbürgermeister Lehr-Düsseldorf weist die Behauptung zurück, daß die Städte zur Aufwertung der kommunalen Anleihen in der Lage seien, weil sie durch die Inflation ihre Schulden losgeworden seien, denn die Städte hätten dadurch auch alle ihre Geldschulden verloren.

In der Abstimmung wurde eine Entschließung der Deutsch-Deutschen, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei angenommen, in der das Verbleiben der Verwertung der Bevölkerung dienenden Betriebe in der Hand der Gemeinden gefordert und eine Verwertung dieser Betriebe aus sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gründen abgelehnt wird.

Der europäische Abdruck.

Fast sieht es so aus, als ob auch die Pfingsttage noch vorübergehen sollen, ehe in dem europäischen Problem der Regelung des westlichen Sicherheitsvertrages ein Fortschritt erzielt ist. Zwar hat Herr Briand zwischen den Kommentaren zu seinen Bemerkungen, den die Engländer von ihm gewünscht hatten, in London überreichen lassen, nach allem aber, was man darüber hört, ist diese Erklärung wieder so vielseitig, daß Herr Chamberlain nicht allzuweit damit anfangen können wird; mit dem Unterschied vielleicht, daß Herr Briand als guter Taktiker es verstanden hat, den Engländern durch das Entgegenkommen in der Form, aber durch starres Festhalten an der Sache die Verantwortung für die weitere Entwicklung zuzuschreiben, indem er jetzt ihnen die Entscheidung darüber aufbürdet, ob sie weiterhin mit den Franzosen gemeinsame Sache machen oder die französische Politik ihre eigenen Wege gehen lassen wollen.

Denn darauf allein kommt es doch schließlich Herrn Briand an: die Frage der Sicherheit und der Räumung der ersten Zone miteinander zu verknüpfen. Gerade weil aber der Weg Briands in dieser Richtung verläuft, scheint es doch noch einmal notwendig, ehe die Entscheidung fällt, festzulegen, wie die Auffassung auf deutscher Seite ist und immer war. Wir haben an sich gegen eine Verbindung der Räumung und des Sicherheitsvertrages insoweit nichts einzuwenden, als es möglich ist, beide Fragen gleichzeitig zu betreiben, wir wehren uns aber mit Händen und Füßen dagegen, sie, wie Frankreich das will, voneinander abhängig zu machen und uns dadurch irgendwie unter Druck zu nehmen, so daß uns die Entscheidungsfreiheit eingeengt wird. Anders herum gesehen, wäre der Sicherheitsvertrag schlag Deutschlands auch dann gekommen, wenn Frankreich am 10. Januar seine Zustimmung zur Räumung der ersten Zone gegeben hätte. Denn, was wir damit wollen, ist: endgültig im Westen den Frieden herstellen, um unsere Aktionsfreiheit im Osten wiederzugewinnen. Bei der Stimmung aber, die Frankreich befreit, ist an eine Verknüpfung der öffentlichen Meinung jenseits unserer Grenzen kaum zu denken, wenn es nicht irgendwie gelingt, den Franzosen eine Garantie vor einem Angriff von uns durch England zu verschaffen. Wollen die Franzosen das nicht, dann bleibt eben das Gesichtswort am Körper Europas weiter in Brand, und der Friedensprozess wird aufgehalten.

Daraus ergibt sich aber für uns die scharfe Trennungslinie zwischen der Räumung der Kölner Zone und dem Sicherheitsvertrag. Wir gehen hier durchaus gemeinsam mit der englischen Politik, die sich bisher wenigstens darauf festlegte, daß die Räumung des Kölner Gebiets nur auf dem Vertrag von Versailles beruht und infolgedessen vollzogen werden muß, wenn die Bestimmungen des Friedensvertrages durchgeführt worden sind. Die ganze Befragung ist ja auch aus dem Vertrag heraus nur als Sicherstellung der Ausführung der Versailler Bestimmungen verfaßt, und noch Anfang dieses Jahres, als sie ihre Nichträumung begründen wollten, haben sämtliche Mächte einschließlich Frankreich in ihrer Note besonders unterstrichen, daß es sich lediglich um die Erfüllung der Verpflichtung auf militärischem Gebiet, also um die Abrüstung, handelte. Frankreich will aber jetzt nicht allein seine eigene Sicherheit garantiert haben, sondern Deutschland dazu zwingen, den Verzicht auf alle verlorenen Gebiete gleichsam freiwillig zu wiederholen. Hier hat Briand eine Unterstützung bei Mussolini gefunden, der die Gelegenheit für günstig hält, sich auch die Brenner Grenze von Deutschland garantieren zu lassen, die bisher außerhalb unserer Kompetenzen stand. Deutschland wird ihm nicht den Gefallen tun, sich darauf einzulassen. Befragt Briand auf seinem Willen, dann bedeutet das die endgültige Unmöglichkeit, auf diesem Wege zu einer Verknüpfung Europas zu kommen, bedeutet also eine Verknüpfung des europäischen Abdrucks.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag vom Reichstag angenommen.

Im Reichstag wurde gestern in einer bis in die Nacht sich hinziehenden Sitzung nach vorausgegangener Debatte der deutsch-spanische Handelsvertrag mit großer Mehrheit angenommen. Weiter wurde beschlossen, mit Spanien sofort in neue Verhandlungen über ein neues, verbessertes Abkommen einzutreten. (Näheres siehe Reichstags-Sitzungsbericht.)

Arbeitsbeschränkungen auf den staatlichen Gruben.

Bochum, 27. Mai. Auf der Schachtanlage Scholven fand am Dienstag eine Sitzung unter dem Vorsitz eines Vertreters des preussischen Handelsministeriums mit dem Ausschuss des gesamten Betriebsrates der staatlichen Gruben statt. In dieser Sitzung wurde, wie der Essener Allgemeinen Zeitung gemeldet wird, mitgeteilt, daß beschädigt sei, im Laufe des nächsten Monats etwa 2000 Bergarbeiter, Angestellte und Beamte zu entlassen. Darüber hinaus sollen die Schachtanlagen Zwickel und Möller durch Arbeiterverlegungen nach anderen staatlichen Zechen noch besonders eingeengt werden.

Die Lage in Marokko kritisch.

TU. Paris, 27. Mai. Der amtliche Bericht aus Rabat lautet: Am 25. Mai ist die Kolonne des Oberleutnants Feral, die von einem Stabe im Bergmassiv Albane zur Beobachtung des Gegners zurückgelassen wurde, auf dem Rückzuge vom Feinde heftig angegriffen worden. Der Gegner versuchte, durch heftige Bajonettangriffe die Vereinigung der Kolonne mit den Truppen des Generals Colomba zu verhindern. Schließlich gelang es, nach heftiger Artilleriebeschließung unter Mitwirkung von Kampfmaschinen den Feind zurückzuführen. Im Zentrum ist die Lage unverändert. Der Feind ist mit neuer Munition versehen. Bei einem Angriff hatte er ziemlich viele Verluste, darunter 50 Mann an Toten, zu verzeichnen. Im Osten wurden die Angriffe abgelehnt, doch ist die Lage noch immer kritisch. Nach dem Sonderberichterstatter der „Evening News“ haben die Stammtruppen Abd el Krim bis jetzt noch nicht an den Kämpfen teilgenommen. Das Ziel des marokkanischen Führers besteht darin, eine Revision der Algeciras-Akte herbeizuführen, um reiche Mineralien in die Hand zu bekommen und sie an ausländische Gesellschaften zu veräußern.

Blockade der marokkanischen Küste.

TU. Paris, 27. Mai. Nach Meldungen der „Chicago Tribune“ aus Tanger sind französische Schiffsbesatzungen unterwegs, um gemeinsam mit den Spaniern die Küste aus zu beschießen. Außerdem soll über die marokkanische Küste die Blockade verhängt werden.

Um den Sicherheitspakt.

Neue englische Rückfragen in Paris?

TU. Paris, 27. Mai. Nach einem Bericht des „Matin“ aus London ist es wenig wahrscheinlich, daß sich das englische Kabinett in seiner heutigen Sitzung über das Garantiepaktproblem schließt. Es sei vielmehr damit zu rechnen, daß neue ergänzende Auskünfte aus Paris erhoben würden.

Die britische und die französische Meinung „durchaus verschieden“.

London, 27. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt: Briand will offenbar anstelle von einzelnen Voten wieder auf das Genfer Protokoll zurückkommen und wünscht, daß die anderen Mächte, besonders Großbritannien, die französischen Verpflichtungen

gegenüber Polen und der Tschechoslowakei teilen. Die britische und die französische Auffassung über den Pakt ist durchaus verschieden. Die britische Regierung ist nur bereit, einen Pakt zu erörtern, der auf Gegenseitigkeit beruht und sich auf die Westgrenze beschränkt. Was die französische Regierung erörtern will, ist ein Pakt, der schwerlich als gegenseitig bezeichnet werden kann.

Die Times sagt in einem Leitartikel über die Paktfrage, es wäre ein Unglück, wenn der Austausch von Anfragen und Erläuterungen zu lange dauern würde. Es wäre ein noch größeres Unglück, wenn dieses Verfahren den Eindruck erwecken würde, daß irgendeine oder alle der beteiligten Regierungen nicht wirklich im Ernst nach einer solchen Grundlage für eine Vereinbarung suchten.

TU. New York, 27. Mai. Nach einer Meldung der Associated Press aus Washington ist Präsident Coolidge nicht der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten sich an den augenblicklichen Verhandlungen zwischen den europäischen Nationen bezüglich des von Deutschland vorgeschlagenen Sicherheitspaktes beteiligen sollten.

Explosion in einem amerikanischen Bergwerk.

New York, 27. Mai. (Funkdruck.) Aus Raleigh (North Carolina) wird gemeldet, daß in dem Bergwerk Carolina Coal u. Co. infolge einer Explosion etwa 50 Bergarbeiter erschlagen wurden.

Briefe, die ihn erreichten.

Ein kleines Mißverständnis zwischen Barmat und Bauer.

Die „Deutsche Zeitung“ ist in der Lage, einen Briefwechsel über einen „geschäftlichen“ Streit zwischen Barmat und dem früheren sozialistischen Reichsminister Bauer zu veröffentlichen, der ungemein charakteristisch für das Kapitel „Barmat und seine sozialdemokratischen Freunde“ ist:

Amsterdam, den 10. September 1928.

Sehr geehrter Herr Bauer!

Ich schreibe Ihnen am Sonnabend und beileide mich, Ihnen heute durch Vermittlung eines meiner Herren, der zufälligerweise nach Hamburg fährt, damit es nicht durch die Post zu gehen braucht, a conto Gulden 3000,— in Noten zu übersenden.

Betreffs der Dollarberechnung ist noch ein kleines Mißverständnis zu klären, und zwar sollten seinerzeit bei der Realisierung der diversen Devisenbeträge auch die Dollar 2000,— mit realisiert gewesen sein. Diese Realisierung sollte dann wiederum rückgängig gemacht werden mit der Kreditangelegenheit der 6 Milliarden Mark. Wie Sie wissen, sehr geehrter Herr Bauer, ist leider der seinerzeitige 6-Milliarden-Kredit ganz nutzlos verlaufen. Die Ursachen sind Ihnen wohl zur Genüge bekannt. Jedenfalls werden wir uns hierüber keinesfalls streiten. Wie Sie wissen, wird bei mir Ihre persönliche Zuneigung immer sehr viel höher eingeschätzt als ein paar 1000 Dollar. Nachdem wir aber in diesen Tagen auch in Berlin Dollarbeträge erhalten bekommen werden, habe ich es unterlassen, dieselben diesen Briefe beizufügen.

Gerne möchte ich von Ihnen hören, höchstwahrscheinlich bin ich recht schnell wieder in Berlin, sobald wir uns dann persönlich sprechen können. Sollten Sie aber inzwischen noch etwas Dollar benötigen, so will ich Ihnen bei der nächsten Gelegenheit Dollar 1000,— oder Dollar 1500,— übersenden. Zugewiesen verbleibe ich mit besten Grüßen als Ihr

geg. F. Barmat.

M. 3000.— Noten.

Berlin, den 12. September 1928.

Sehr geehrter Herr Barmat!

Ihre Schreiben vom 10. 9. cr. erhielt ich heute früh aus Hamburg erhalten und danke ich Ihnen bestens.

Die von Ihnen bezügliche der Dollarberechnung gegebene Darstellung ist vollkommen unzutreffend. Ich habe mir die Vorgänge in meinem Tagebuche notiert und außerdem fest im Gedächtnis. Am 23. Juni habe ich mich auf Ihre Anregung hin damit einverstanden erklärt, daß 1000 Dollar (nicht 2000) und 2000 Gulden für mich verkauft werden. Als die Mark sich verschlechterte, hat ich Sie schon, am 27. Juni Rückzahlung vorzunehmen. Am 2. Juli habe ich Sie dann nochmals dringend ersucht, für mich die in Frage kommenden Devisen zurückzukaufen, wobei ich bemerke, den Schaden müsse ich eben tragen, obgleich er mich schwerer treffe, als das bei Ihnen der Fall sei. Daraufhin sagten Sie mir: „Machen Sie sich nur keine Sorgen, Ihre Devisen bleiben Ihnen“, ich werde den Schaden bei anderer Gelegenheit wieder eintreiben.“ Auch diesen Vorgang habe ich mir notiert, weil er von großer Wichtigkeit für mich war und mit einer Sorge vom Herzen nahm. Wenn Sie diese Ihre Auflage jetzt nicht mehr wahrnehmen wollen, dann hätten Sie doch unter allen Umständen die Pflicht gehabt, am 2. Juli für mich die Beträge zurückzukaufen. Die Kursdifferenz hätte bei den Gulden ca. 30 Millionen und bei den Dollars ca. 40 Millionen betragen; Sie konnten auf meine Markzahlungen, die ich bei Ihnen hatte, verrechnet werden. Niemals wäre ich damit einverstanden gewesen, die beim Verkauf der Devisen erhaltenen Beträge einfach bei Ihnen liegen zu lassen. Wenn Sie Devisen nicht beschaffen wollten, hätte ich mir Dollarzahlungen gekauft.

Auf den Gedanken, die Kreditangelegenheit mit den 6 Milliarden mit der anderen Sache in Verbindung zu bringen, sind Sie doch erst jetzt gekommen, denn bei unserer Unterhaltung in Berlin am 30. August haben Sie das Gegenteil als richtig anerkannt und darauf hingewiesen, daß die 1/2 v. H. pro Monat für diese 6 Milliarden nicht in Frage kommen, weil dafür die 2000 Dollar gezahlt seien.

Ob der 6-Milliarden-Kredit Ihnen Nutzen gebracht hat oder nicht, ist nicht meine Sache. Wenn er Ihnen wirklich keinen Nutzen gebracht hätte, so wäre das lediglich Ihre Schuld. Ich hätte die 6 Milliarden — was Sie, soweit mir bekannt, auch getan haben — wertlos hingeworfen. Für die 6 Milliarden konnten Sie noch am 4. Juli bei einem Dollarstand von 161 000 Mark umwandelnd 38 000 Dollar kaufen. Der Kredit läuft drei Monate. Bei der Rückzahlung haben Sie für die 6 Milliarden kaum 190 Dollar aufzuwenden.

Ich wünsche mir, einmal ein solches Geschäft machen zu können.

Anschließend dieser Schläge hat mich Ihr Schreiben nicht gerade angenehm berührt. Ich bin trotzdem überzeugt, daß Sie mich nicht schädigen werden und hoffe, daß Sie die Verechtigung meines Standpunktes einsehen und mit mein Gutdünken von 3249,33 Dollar und die restlichen 822 Gulden zahlen werden.

Ich brauche das Geld sehr dringend und bitte Sie, mir die Beträge schnellstens zukommen lassen zu wollen. Wenn Sie wieder in Berlin sind, bitte ich auch, die 1/2 v. H. Provision mit mir abzurechnen zu wollen.

Unsere persönlichen Beziehungen brauchen unter dieser Auseinandersetzung nicht zu leiden. Ich hoffe sogar, in absehbarer Zeit Ihnen ein neues Geschäft bringen zu können.

Werkens grüßend Ihr ergebener

geg. Bauer.

Diese Briefe sind in der nächsten Nummer der „Deutschen Zeitung“ veröffentlicht worden. Die Herren Barmat und Bauer haben sich in ihren Schreiben so trefflich selbst charakterisiert, daß jedes weitere Wort der Kennzeichnung sich erübrigt.

Höfle-Scandal oder Justiz-Scandal?

Vor wenigen Tagen erst versuchte der Zentrumsabgeordnete Adam Höfle in der „Germania“ den verstorbenen Reichspostminister Dr. Höfle als einen Mann hinzustellen, der keinerlei Verfehlungen bewußt begangen habe, sondern nur ein Opfer der Nachkriegsverhältnisse geworden sei und auf Grund der angestellten Untersuchungen weder verdächtig noch verurteilt werden könne. So und ähnlich versuchte Herr Adam Höfle Herrn Dr. Höfle reinzuwaschen und aus dem Höfle-Scandal einen Justiz-Scandal zu machen. Inzwischen haben aber nun die Barmats alle Hebel in Bewegung gesetzt, um aus dem Moabit-Untersuchungsgefängnis herauszukommen. Sie haben erreicht, daß sie gegen eine Kaution auf freien Fuß gesetzt wurden. Daraus könnte man nun allerdings den Schluss ziehen, daß die Anklagen gegen Barmat und ebenso auch die gegen Höfle doch auf recht schwachen Füßen stehen, sonst hätten sich die Justizbehörden schwerlich entschlossen, die Hauptangeklagten der Untersuchungshaft zu befreien. Demgegenüber sind wir in der Lage, auf Grund der Begründung des dritten Strafsenats des Kammergerichts in Berlin, die dem Entschluß über die Haftentlassung beigefügt worden ist, mitzuteilen, daß die Bedenken gegen die Haftentlassung doch ganz außerordentlich schwerer Art waren und noch sind. In dieser Begründung heißt aber gerade Herr Höfle die Hauptrolle, da nach ihm der dringende Verdacht bestehe, daß er bewußt pflichtwidrig gehandelt habe, als er als Postminister den bisher der Amegina von der deutschen Girozentrale gewährten, von dieser wegen Unfähigkeit der Schuldnerin gekündigten Kredit auf die Reichspost gegen ungenügende Deckung übernommen, obwohl auch ihm die damals schon unklare Lage des Amegina-Kongresses bekannt gewesen sei. Für das Verstoßen der Pflichtenwidrigkeit seiner Handlungswelt spreche auch der Umstand, daß er die Angelegenheit nicht attennmäßig unter Zuziehung der dafür zuständigen Beamten des Reichspostministeriums, sondern lediglich in persönlicher Verkehr mit der Girozentrale und Henry Barmat betrieben habe und bestrebt gewesen sei, die bezüglichen Vorgänge den für die Verleihung der Reichspostgebühren zuständigen Beamten zu verheimlichen sowie ihre Verschalten letzteren gegenüber, als diese durch Zufall von seinem Verfahren Kenntnis erhalten hätten. Der Sachverhalt ergebe ferner dringenden Verdacht, daß Dr. Höfle für die pflichtwidrige Amtshandlung der Verleihung einer Kaution der Reichspost durch die ihm von den Angeklagten zu diesem Zweck gewährten Vermögensvorteile bestimmt worden sei. Die Begründung bezieht sich weiter auf die teils unentgeltlichen, teils darlehensweisen Zuwendungen an Höfle, die den Schluss zulassen, daß die Angeklagten die Beweismittel von aus Postgebühren stammenden Krediten durchzuführen, so daß weiter der Verdacht bestehe, daß sich die Angeklagten der aktiven Verschleierung schuldig gemacht hätten. — Aus dieser Begründung geht doch unabweisbar hervor, daß den zuständigen Gerichtsbehörden Material vorliegt, wodurch der Fall Höfle ein ganz anderes Gesicht erhält, als verschiedene ihm nahestehende Persönlichkeiten vorzutäuschen suchen.

geg. F. Barmat.

M. 3000.— Noten.

Berlin, den 12. September 1928.

Sehr geehrter Herr Barmat!

Ihre Schreiben vom 10. 9. cr. erhielt ich heute früh aus Hamburg erhalten und danke ich Ihnen bestens.

Die von Ihnen bezügliche der Dollarberechnung gegebene Darstellung ist vollkommen unzutreffend. Ich habe mir die Vorgänge in meinem Tagebuche notiert und außerdem fest im Gedächtnis. Am 23. Juni habe ich mich auf Ihre Anregung hin damit einverstanden erklärt, daß 1000 Dollar (nicht 2000) und 2000 Gulden für mich verkauft werden. Als die Mark sich verschlechterte, hat ich Sie schon, am 27. Juni Rückzahlung vorzunehmen. Am 2. Juli habe ich Sie dann nochmals dringend ersucht, für mich die in Frage kommenden Devisen zurückzukaufen, wobei ich bemerke, den Schaden müsse ich eben tragen, obgleich er mich schwerer treffe, als das bei Ihnen der Fall sei. Daraufhin sagten Sie mir: „Machen Sie sich nur keine Sorgen, Ihre Devisen bleiben Ihnen“, ich werde den Schaden bei anderer Gelegenheit wieder eintreiben.“ Auch diesen Vorgang habe ich mir notiert, weil er von großer Wichtigkeit für mich war und mit einer Sorge vom Herzen nahm. Wenn Sie diese Ihre Auflage jetzt nicht mehr wahrnehmen wollen, dann hätten Sie doch unter allen Umständen die Pflicht gehabt, am 2. Juli für mich die Beträge zurückzukaufen. Die Kursdifferenz hätte bei den Gulden ca. 30 Millionen und bei den Dollars ca. 40 Millionen betragen; Sie konnten auf meine Markzahlungen, die ich bei Ihnen hatte, verrechnet werden. Niemals wäre ich damit einverstanden gewesen, die beim Verkauf der Devisen erhaltenen Beträge einfach bei Ihnen liegen zu lassen. Wenn Sie Devisen nicht beschaffen wollten, hätte ich mir Dollarzahlungen gekauft.

Auf den Gedanken, die Kreditangelegenheit mit den 6 Milliarden mit der anderen Sache in Verbindung zu bringen, sind Sie doch erst jetzt gekommen, denn bei unserer Unterhaltung in Berlin am 30. August haben Sie das Gegenteil als richtig anerkannt und darauf hingewiesen, daß die 1/2 v. H. pro Monat für diese 6 Milliarden nicht in Frage kommen, weil dafür die 2000 Dollar gezahlt seien.

Ob der 6-Milliarden-Kredit Ihnen Nutzen gebracht hat oder nicht, ist nicht meine Sache. Wenn er Ihnen wirklich keinen Nutzen gebracht hätte, so wäre das lediglich Ihre Schuld. Ich hätte die 6 Milliarden — was Sie, soweit mir bekannt, auch getan haben — wertlos hingeworfen. Für die 6 Milliarden konnten Sie noch am 4. Juli bei einem Dollarstand von 161 000 Mark umwandelnd 38 000 Dollar kaufen. Der Kredit läuft drei Monate. Bei der Rückzahlung haben Sie für die 6 Milliarden kaum 190 Dollar aufzuwenden.

Ich wünsche mir, einmal ein solches Geschäft machen zu können.

Anschließend dieser Schläge hat mich Ihr Schreiben nicht gerade angenehm berührt. Ich bin trotzdem überzeugt, daß Sie mich nicht schädigen werden und hoffe, daß Sie die Verechtigung meines Standpunktes einsehen und mit mein Gutdünken von 3249,33 Dollar und die restlichen 822 Gulden zahlen werden.

Ich brauche das Geld sehr dringend und bitte Sie, mir die Beträge schnellstens zukommen lassen zu wollen. Wenn Sie wieder in Berlin sind, bitte ich auch, die 1/2 v. H. Provision mit mir abzurechnen zu wollen.

Unsere persönlichen Beziehungen brauchen unter dieser Auseinandersetzung nicht zu leiden. Ich hoffe sogar, in absehbarer Zeit Ihnen ein neues Geschäft bringen zu können.

Werkens grüßend Ihr ergebener

geg. Bauer.

Diese Briefe sind in der nächsten Nummer der „Deutschen Zeitung“ veröffentlicht worden. Die Herren Barmat und Bauer haben sich in ihren Schreiben so trefflich selbst charakterisiert, daß jedes weitere Wort der Kennzeichnung sich erübrigt.

punkt der Rede Solonikoff bildete die Erklärung, daß die ehemalige russische Kapitalhabe im Ural wieder hergestellt werden würden, wozu die Regierung große Geldmittel zur Verfügung gestellt habe. Solonikoff schloß mit den Worten: Wir sind wohl für Konzeptionen, wollen aber kein Lämmerfleisch für kapitalistische Wölfe werden. Wir besitzen auch Röhre, wenn es notwendig sein sollte.

Die gekränkten Sowjets.

Ein sowjetrussisch-österreichischer Konflikt.

TU. Wien, 26. Mai. Wegen der bekannten Rede des Außenministers gegen Moskau und den Bolschewismus hat heute die hiesige Sowjetgesellschaft alle Verhandlungen mit Wiener Industriellen und Kaufleuten über verschiedene Lieferungsverträge abgebrochen und die für den 9. Juni nach Moskau einberufene Generalversammlung der Österreichisch-russischen Handels-Gesellschaft vorläufig abgesetzt, wenn nicht in den nächsten 48 Stunden alle Streitfragen beseitigt würden. Da die Zahl der durch die russischen Lieferungsverträge beschäftigten Arbeiter etwa 40 000 betragen soll, werden in der morgigen Sitzung des Nationalrates die Sozialdemokraten an die Regierung und an den Minister des Äußeren eine dringliche Anfrage richten und die sofortige Beilegung des Konflikts verlangen.

Trotsky's neue Aemter.

Moskau, 27. Mai. Das Bundeszentralexecutivkomitee ernannte Trotsky zum Mitglied des Präsidiums des Obersten Volkswirtschaftsrats und zum Vorsitzenden des Hauptkonzeptionskomitees.

Eine englische Flottenbasis im Baltischen Meer.

Eine russische Zwangsdienste? TU. Paris, 26. Mai. Der Stockholmer Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, daß die dortigen Zeitungen in großer Aufmachung eine Nachricht veröffentlichten, derzufolge England eine Flottenbasis im Baltischen Meer einzurichten beabsichtigt. Es handelt sich offenbar um eine von England aus lancierte Meldung, die sich auf die Abtretung der Inseln Dago und Dago Rät, die England im Austausch von Kriegsmaterial von Island übernimmt. Diese Abtretung werde in Form eines langfristigen Pachtvertrages erfolgen. Moskau befürchtet damit eine weitere Ausdehnung des englischen Machtbereiches im Baltikum, wo die englische Hegemonie über Finnland, Estland und Lettland bereits unbestreitbar sei.

Letzte Drahtmeldungen.

Die Räumung.

London, 27. Mai. Die Reuter aus autoritativer Quelle erfährt, wird Deutschland in Kürze sein, in wenigen Wochen das zu erreichen, was in der Note über die Abrüstung verlangt wurde. Deutschland habe nicht alle Abrüstungsverpflichtungen erfüllt, und das Verzeichnis, das demnach überreicht wurde, sage Deutschland, was es noch zu erfüllen habe. Einige Fabriken, die Kriegsmaterial herstellten, müßten noch umgestellt werden. Es sei möglich, daß Deutschland die Bedingungen bis Ende September erfüllen könne, was die Räumung von Köln zur Folge habe. Das Ruhrgebiet wird am 16. August geräumt, und gleichzeitig werden die Besatzungstruppen aus den Städten Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zurückgezogen. Dieser Bericht hat nichts mit dem von Köln zu tun und wird geräumt, da Deutschland bereits gewisse Verpflichtungen des Dames-planes erfüllt habe.

Auswertungsausschuß.

Berlin, 27. Mai. Im Auswertungsausschuß wurde ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, wonach der Jinsag für die ausgewerteten Ansprüche vom 1. Jan. 1925 ab 1,2 v. H., vom 1. Juli ab 2 1/2 v. H., vom 1. Jan. 1928 ab 3 v. H. und vom 1. Jan. 1929 ab 5 v. H. betragen soll.

Neues heftiges Erdbeben in Japan.

TU. New York, 27. Mai. Gestern früh fand im Distrikt von Tajima im Südostzipfel Japans erneut ein heftiges Erdbeben statt, in dessen Zentrum wieder die Städte Toyooka und Kinosaka liegen. Beide Ortschaften sollen jetzt völlig zerstört sein. Unter den Bewohnern herrscht großer Schrecken. Alle Häuser haben die Möglichkeit eines bevorstehenden großen Erdbebens hervor.

Riesige Explosion in Rußland.

Wie die Blätter berichten, vernichtete eine große Explosion das Militärfest in Rußland und zerstörte alle Gebäude in einem Umkreise von 1 Km. Die Ursache des Unglücks ist noch unbekannt. Etwa 300 Menschen kamen ums Leben.

Studenten-Unruhen in Wien.

TU. Wien, 27. Mai. An der Wiener Universität ist es heute wieder zu heftigen Schlägereien zwischen deutsch-nationalen, sozialdemokratischen und jüdischen Studenten gekommen. An den Unruhen beteiligten sich auch zahlreiche Studenten der Hochschule für Bodenkultur und der Hochschule für Wirtschaft. Auf beiden Seiten gab es Verletzte. Die Polizei hat mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Strafgericht auf einem offenen Markt in Sofia.

Einer Witterungsmeldung aus Sofia zufolge wurde gestern morgen das Todesurteil an den Urhebern des Bombenattentats in der Kathedrale von Sofia, Friedmann, Jachowski und Koeff vollstreckt. Um 8 Uhr

Vor einer neuen Schuldennote Amerikas.

TU. Berlin, 27. Mai. Die „Post. Btg.“ berichtet aus New York: Kellogg und Borah besprachen die Schuldenfrage in einer längeren Konferenz. Ueber das Ergebnis wird angegeben, daß die Situation befriedigend sei. Die Schuldernationen würden unannehmliche Bedingungen oder eine weitere hinauschiebung der klaren Regelung anstreben. Das Staatsdepartement sei aber abgeneigt, eine weitere Verzögerung zuzulassen und werde seine Haltung den Schuldnerstaaten in einer Note mitteilen, deren Abgang bevorstehe.

Eine neue tschechoslowakische Überreise.

TU. Berlin, 27. Mai. Die Tschechoslowakei, die nach der Wahl Hindenburg zum Reichspräsidenten die Absendung von Begrüßungstelegrammen untersagt hatte, hat nun auch die Einfuhr von Einzug Hindenburgs in Berlin verboten.

Noch keine Nachrichten von Amundsen.

Doko, 27. Mai. Bisher liegen noch keine Nachrichten über Amundsen vor. „Handels- og Skipsfartstidende“ zufolge hat sich das Wetter in der Kongsfjord gebessert. Das gleiche Blatt bringt ein Telegramm aus New York, worin es heißt, daß die Schwester Ellsworth erklärte, ihr Bruder habe ihr vor seiner Abreise gesagt, sie möge sich vor Herbst 1928 keine Sorge um ihn machen, da man daran gedacht habe, die Heimreise über Alaska vorzunehmen.

TU. Doko, 27. Mai. Nach einem Radio-Telegramm aus Spitzbergen hat sich das Wetter gebessert. Die Luft ist jetzt so klar, daß Amundsen nach Spitzbergen wieder zurückfinden und dort landen könnte.

TU. New York, 27. Mai. Die Entsendung des „Shenandoah“ nach dem Nordpol kommt, obwohl sie in der Presse lebhaft erörtert wird, kaum mehr in Frage. Außer Coolidge hat sich jetzt auch der Marine-Sekretär Wilson dahin geäußert, daß eine derartige Hilfsexpedition kostspielig, gefährlich und wahrscheinlich erfolglos sein werde. Man rechnet damit, daß Amundsen sich bereits auf dem Wege nach Alaska befindet. Im Nord der „Farn“ soll beschossen worden sein, vor Freitag keine Hilfs-Expedition abzuschicken. Man nimmt dort an, daß die Bergung der Kiste Amundsens sich durch die Bergung der Kiste von Neuland, die einige Zeit erfordere, erklären lasse.

Ein politisches Attentat in Paris. — Der Falsche erschossen.

Paris, 27. Mai. Gestern mittag kurz nach 12 Uhr wurde auf der Untergrundstation St. Lazare der Raffiner der Action Française, Berger, in dem er die Treppen des Bahnhofs emporstiegen, durch einen Revolver-Schuss tödlich verletzt.

Es handelt sich um den Anschlag einer Frau Marie Bonneson, die sich selbst der Polizei gestellt und erklärt hat, sie habe Parra's, den bekannten Schriftleiter der Action Française und Leon Dautet töten wollen. Unglücklicherweise habe Berger Parra's ähnlich, darauf sei es zurückzuführen, daß er erschossen worden sei. Man nimmt an, daß die Frau geisteskrank ist. Offenbar leidet sie an Verfolgungswahn.

Anhaltender Rückgang des französischen Franken.

TU. Berlin, 27. Mai. Die schwache Tendenz des französischen Frankens auf den internationalen Devisenmärkten hat sich heute vormittag stärker fortgesetzt. Die Ursache hierfür dürfte in dem Verlauf der Kämpfe in Marokko und in der Tatsache zu suchen sein, daß der französische Finanzminister eine Bilanzierung des Staats bischer nicht hat erreichen können. Daneben spielen die innen- und außenpolitischen Verhältnisse Frankreichs für die Aufwertung des Frankens eine Rolle.

Mordelport

München-Duisburg, Mittwoch, 27. Mai.

1. Rennen. 1. Blankenburg (F. Jeldt), 2. Bajan, 3. Boppar, 4. Manette. Tot. 132:24, 15, 12, 13.
2. Rennen. 1. Leibfuchs (Ch. Schuldt), 2. Segenkind, 3. Gistume. Tot. 15:11, 11, 12.
3. Rennen. 1. Seefischer (R. Zimmermann), 2. Gambetta, 3. Saluator. Tot. 19:15, 28, 18.
4. Rennen. 1. Wissa (H. Werber), 2. Gabelhaus, 3. Anita. Tot. 22:14, 18.
5. Rennen. 1. Hausfreund (M. Zimmermann), 2. Freischütz, 3. Gibe. Tot. 26:13, 11.
6. Rennen. 1. Eraben (E. Wermann), 2. Saint Leonard, 3. Probefahrt. Tot. 42:15, 17, 13.
7. Rennen. 1. Sonnenblau (M. Zimmermann), 2. Titus, 3. Jachow. Tot. 18:13, 16.

Verantwortlich: Für Politik, Feuilleton und Handel: Dr. S. Kiebel; für Lokales und Letzte Nachrichten: i. B. Dr. Kiebel; für Provinziales und Sport: Ernst Kofemann; für den übrigen Textteil und Unterhaltungsbeilagen: Julius Schmidt; für Inserate und Reklamen: Emil Wille, sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Alle trinken nur Hackert's Kaffee
zu den Festtagen!
Kaffee-Rösterei Josef Hackert, Bochum, Heinrichstr. 10



Waschkleid „Resi“
mit hübscher
Knopfgarnie-
rung, in ver-
schiedenen
Dessins . . . 3.50

Weisse Voile-Kleider
Weisse Röcke
Frotté-Röcke
Morgenröcke
Wasch-Blusen
Sportjacken

In den neuesten fesschen Formen
und aparten Farben, in her-
vorragend großer Auswahl
zu äußerst niedrigen
Preisen!



Waschkleid
„Gusli“
aus Mousseline lmt.,
mit hübscher Tressen-
u. Knopf-Garnierung

6.90



Voile-Kleid
„Anni“
gestreift, mit Fidu
u. Knöpfen verziert,
entzückende Form

7.75



Voile-Kleid
„Ossi“
mit Frotté-Streifen, in
verschiedenen Dessins,
sehr moderne Form

14.50

Besonders vorteilhafte Pfingst - Angebote in Damen- und Mädchen-Kleidung!

Weisse Voile-Blusen

Bluse aus Schweizer-
Voll-Voile, mit farbi-
ger Blende, Jumper-
Form 2.90

Bluse aus Schweizer-
Voll-Voile, mit Jabot
und Filet-Spitze, Jumper-
Form 3.75

Bluse aus Schweizer-
Voll-Voile, mit Hohl-
säumen u. farbiger Gar-
nierung, Jumper-Form 4.50

Bluse aus Schweizer-
Voll-Voile, Jumper-
Form, mit Filet-Durch-
säulen 5.75

Bluse aus Schweizer-
Voll-Voile, Jumper-
Form, reich mit Hohl-
säumen u. Filet-Motiven 6.90



„Loni“
Bodisch-Zephyr-
Kleid, praktisches
Tragen, mit reicher
Silkerei u. weißer
Garnierung
Größe 95

7.90

„Henny“
la. Schweizer Voll-
Voile-Bodisch-
Kleid, neue Form,
besonders vorteil-
haft
Größe 105

8.50

„Fanny“
la. Schweizer Voll-
Voile-Kleid, in rose
und hellblau, mo-
derne, duftige
Silkerei
Größe 60

6.30

ALSBERG

Aktiengesellschaft Bochum

Zu Pfingsten billige Lebensmittel

- la. Margarine Pfd. 52
- la. reines Schmalz Pfd. 84
- la. helles Salatöl Ltr. 1.20
- la. fetten Speck Pfd. 90
- la. hies. mag. Speck Pfd. 1.25
- la. Holländer Käse 20 % Pfd. 74
- la. Edamer Käse 20 % Pfd. 76
- la. Stangenlimburger Pfd. 75
- la. vollf. Schweizer Käse Pfd. 2.00
- la. hochbackendes 000 Mehl Pfd. 20
- la. Brillantmehl 5-Pfd.-Beutel 1.30
- la. Sult. Rosinen Pfd. 85
- la. Korinthen Pfd. 75
- la. Kokosraspel Pfd. 70
- la. Citronat 1/4 Pfd. nur 85
- la. süße Mandeln Pfd. 2.50
- la. Himbeersyrup Pfd. 80

Adolf Kalsbach
und
Heinr. Hill
die bekannten 18 Verkaufsstellen.

Bordeaux-, Süß- u. Weissweine preiswert.

**Drahtgeflechte, Stacheldraht,
Gartengeräte**
liefert zu günstigen Preisen
Friedr. Büscher, Wattenscheid,
Hochstraße 20. Fernspr. 1602 Gelsenkirchen

**Klavier-
Unterricht**
erteilt
Wita Wierichs.
No 111a 92.

Private Zuschneideschule Heinr. Belitz

Einmaliges fachwissenschaftliches ge-leitetes
Schulsystem erster Ranges in Bochum
seit Wittenersfr. 106

Vollkommene Ausbildung für die
Meisterprüfung

Unterricht für Private im Zuschneiden
und Anfertigung aller Damen-
garderoben.

Schnittmuster

für alle Damen- und Herren-
garderoben nach Maß,
tadellos passend.



Ed. Köllermann
Spezial-Geschäft feiner
Lederwaren

Wenn Sie einen billigen u. doch guten
Klubsessel
kaufen wollen, dann besichtigen Sie
mein
Musterlager Antoniusstr. 1 a.
Dort finden Sie eine große Auswahl
in nur selbstgefertigten Klubsesseln in
allen Arten und Formen.
Spezialwerkstatt für moderne Klub-
und Ledermöbel

Kaspar Diemel
Bochum,
Antoniusstr. 1 a. Fernspr. 88.

**Wörishofener
Entfettungs-Tee**
zu haben Wörishofener Kräutlerhaus
Bochum,
Viktoriastr. 3. Herzogstr. 4.

Drucksachen

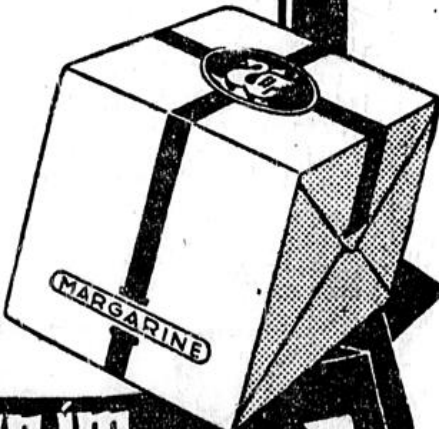
aller Art in bester Ausführung u. r. die
Buchdruckerei Wilhelm Stumpf
Kom.-Ges. Bochum, Audenbergr. 11



**In frischem
Maiengrün**

ist es herrlich zu wan-
dern; im Rucksack
darf die Feinkostmar-
garine „Schwan
im Blaiband“
nicht fehlen.

Preis 50 Pfennig das
Halbpfund in der
bekannten Packung



**Schwan im
Blaiband**
FRISCH GEKIRNT

Wir bitten, beim Einkauf von je 1 Pfund „Blaiband-Margarine“ das farbige
illustrierte Familienblatt „Die Blaiband-Woche“ kostenlos zu verlangen.

Bochumer Nachrichten.

Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszug nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 28. Mai.

Die finanzielle Notlage der Gemeinden des Ruhrgebietes.

Aus dem Westen, dem wirtschaftlich wichtigsten Teil Deutschlands, waren in letzter Zeit die Klagen über die von den Gemeinden betriebene Kommunalpolitik immer lebhafter geworden. Man machte den Gemeinden den Vorwurf, daß sie in ihrer Ausgabepolitik sich nicht der darniederliegenden Wirtschaft anpassen. Auf Anordnung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, des Vereins für bergbauliche Interessen, sowie der westlichen Handelskammern, hatte das preussische Innenministerium die Vertreter der Wirtschaft, der Kommunen und der kommunalen Aufsichtsbehörden in das Essener Rathaus zu Beratungen eingeladen. Die Reichsregierung war durch Ministerialdirektor Müller vertreten. Der Finanzbevollmächtigter, Regierungspräsident Seippel, entwickelte die finanzielle Lage der Gemeinden. Er führte u. a. aus: Selbst wenn die Auswirkungen des Krieges, der Revolution, der Inflation und der Ruhrbesetzung nicht vorhanden wären, würden die Ausgaben der Gemeinden wesentlich höher sein als vor dem Kriege, da die von den Gemeinden zu lösenden Aufgaben viel größer geworden sind. Sie seien zum Teil überkommener Art. Die Unterhaltungskosten für die Instandhaltung des Straßennetzes seien außerordentlich gestiegen. In 67 Städten und Gemeinden des Ruhrgebietes mit einer Einwohnerzahl von drei Millionen betrage die Höhe der ungedeckten Bedürfnisse für 1925 18 1/2 Millionen Mark, d. h. 8,13 Prozent des Finanzhaushalts oder auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet 5,96 Mark, gegenüber 3,65 Mark im Jahre 1924. Besonders haben sich die Ausgaben für Wohlfahrtszwecke auf 12,34 Mark gegenüber 10,20 Mark im Jahre 1924 und 3,17 Mark im Jahre 1914 auf den Kopf der Bevölkerung erhöht, also eine Steigerung von 289 Prozent gegenüber dem Frieden. Man müsse das individualistische System ablehnen und es durch ein System kommunaler Solidarität ersetzen. Dringend notwendig sei es, daß zur Abkämpfung der besondern Schäden eine einmalige Kostensenkungsaktion unternommen werde.

Hierauf sprach Dr. Woltmann über die bedrückende Wirtschaftslage des Ruhrgebietes. Die Kohlenförderung habe 1913 114 Millionen Tonnen betragen, wobei die Halben leer gewesen seien, während im Jahre 1924 nur 91 Millionen Tonnen gefördert worden seien. Im 1. Mai 1925 lagerten auf den Halben nahezu drei Millionen Tonnen. Von einer Rentabilität des Bergbaus und der Hüttenindustrie könne keine Rede mehr sein, da sie zum Teil unter Selbstkosten verkaufen müssen. Dazu käme noch die ungeheure Erhöhung der Umsatzsteuer auf durchschnittlich 6 bis 8 Prozent. Der Selbstbetrag der Gemeinden schätze er nicht auf 18 1/2, sondern auf 100 bis 150 Millionen Mark. Kleine Veränderungen der Grundsteuern und kleine Veränderungen des Schiffschiffes hätten hier nicht helfen. Der Verteilungsschlüssel müsse von Grund auf umgebaut werden. Früher waren 47 Prozent durch die Einkommensteuer gedeckt, während heute nur 21 Prozent dafür bereit ständen. Auch die Ueberwälzung der Beiträge der Hauszinssteuer sei bei weitem nicht ausreichend. Das Reich habe die Pflicht, den Kohlebesitzern im besetzten Gebiet unter allen Umständen weiter beizustehen. Er könne nur eine Aktion zur Verringerung der schlimmsten Notlage der Gemeinden unterstützen.

Ministerialdirektor Müller erklärte, daß es das ernste Verlangen der Reichsregierung sein werde, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der noch verbliebenen Produktionsstätten zu erhalten und die Wirtschaft nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Das Grundschulproblem.

Aus dem preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird dem Märkischen Preussischen Volksblatt u. a. geschrieben: Gegenüber den Vorstellungen, die aus Elternkreisen gegen die preussischen Ausführungsbefestigungen zu dem Grundschulgesetz, betreffend den Lehrgang der Grundschule, erhoben werden, ist folgendes festzustellen: Das Grundschulgesetz stellt es den

Eltern frei, Kinder unter bestimmten Voraussetzungen schon nach drei Jahren zur höheren Schule zuzulassen. Die preussische Unterrichtsverwaltung ließ den vorerwähnten Lebergang zur Grundschule zu. Die preussischen Ausführungsbefestigungen umschreiben fest und scharf die Voraussetzungen einer früheren Zulassung zur mittleren und zur höheren Schule. Sie stützen sich auf den Wortlaut und den Sinn des Grundgesetzes. Mit den Gesetzesworten „Im Einzelfalle“ sollte und ist klar bestimmt worden, daß keine Förderrichtlinien und ähnliche Einrichtungen innerhalb der Grundschule angeordnet werden. Eine Ausnahmeprüfung gab es in Preußen lange vor dem Grundschulgesetz. Sie ist im März 1924 dem Grundschulgesetz entsprechend umgestaltet und nicht ersetzend, sondern gerade dem angepaßt worden, was das Kind auf der Grundschule lernte. Wenn die Prüfung schon nach vierjährigem Grundschulbesuch die Regel ist, kann sie beim Übergang nach drei Jahren nicht eingebracht werden. Kinder, die auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses vom Grundschulbesuch befreit sind, können als besonders leistungsfähig nicht gelten. Es ist unrichtig, daß damit die Kinder ausgeschlossen sind, die vor Jahren fräulich waren und inzwischen gesund wurden. Den Eltern die Entscheidung darüber zu überlassen, ob ihre Kinder besonders leistungsfähig sind, ist gleichbedeutend mit unzulässiger Bestimmungswidrigkeit. In die höhere Schule aufgenommenen Schüler in ihr zu belassen, wäre rechtswidrig und eine nicht zu tragende Ungerechtigkeit gegen die anderen Kinder, mit denen bestimmungsgemäß verfahren wurde.

Bevorstehende Menderung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn.

Das Finanzamt teilt mit: Der Steueraussschuß des Reichstages hat wesentliche Änderungen des Steuerabzugs vom Arbeitslohn beschlossen, die am 1. Juni 1925 in Kraft treten sollen. Der Steuerfreie Lohn beträgt, der bisher 60 Mark monatlich (15 Mark wöchentlich) betrug, soll auf 80 Mark monatlich (20 Mark wöchentlich) erhöht werden. Außerdem soll künftig die Ermäßigung des zehnprozentigen Steuerbetrags, die bisher für jeden zu berücksichtigenden Familienangehörigen 1 v. H. betrug, vom dritten Kind ab je 2 v. H., wenn jedoch der Arbeitslohn 250 Mark im Monat, 60 Mark in der Woche, 10 Mark am Tage nicht übersteigt, schon vom zweiten Kind ab 2 v. H. betragen. Diese Bestimmungen sollen für alle Lohnzahlungen gelten, die für eine nach dem 31. Mai 1925 erfolgende Dienstleistung bewirkt werden. Die Arbeitgeber müssen sich schon jetzt auf die Änderungen einstellen, damit sie in der Lage sind, den Steuerabzug vom 1. Juni ab richtig zu berechnen. Die Einzelheiten der vorstehenden neuen Regelung ergeben sich aus einem Merkblatt, das bei den Finanzämtern unentgeltlich abgeholt werden kann. Das Merkblatt soll nur, wenn das Gesetz die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags und den Ausbau des Kinderprivilegs vorseht, bis zum 31. Mai 1925 verabschiedet wird. Für eine rechtzeitige Mitteilung hierüber in der Presse wird gesorgt werden.

Gewerbeamt Bochum, e. G. m. b. H.

1. Gestern nachmittag 5 Uhr fand im Stadtverordnetenversammlungssaal des hiesigen Rathauses die 7. ordentliche Generalversammlung der Gewerbeamt Bochum statt.

Dieselbe wurde vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Adolf Schmale, mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Anschließend erstattete derselbe dann den Bericht über das vergangene Geschäftsjahr 1924 und erläuterte in ihren einzelnen Punkten die Bilanz für das Geschäftsjahr 1924. Derselbe schließt unter Einbeziehung eines Reingewinns von 10 173,84 Mark in Einnahme und Ausgabe mit einer Summe von 21 634,75 Mark ab. Gewinn- und Verlustrechnung verzeichnen in Einnahme und Ausgabe eine Summe von 64 338,71 Mark. Die Bilanz vom 31. Dez. 1924 wurde einstimmig genehmigt und die Verwendung des Reingewinns in der folgenden Fassung gutgeheißen: 8 Proz. Dividende 1900 Mark, Ueberweisung an die gesetzliche Rücklage 3000 Mark, Ueberweisung an die Sonder-Rücklage 2000 Mark, Ueberweisung an die Einlagen-Auflösungs-Rücklage 1000 Mark, Vortrag auf neue Rechnung 2273,84 Mark, Summa 10 173,84 Mark. Dem Vorstand und Aufsichtsrat wurde einstimmig Entlassung erteilt. Der Mittels-Gewerbeamt Bochum, e. G. m. b. H. wurde einstimmig genehmigt. Der Bericht brachte nur eine kurze innere Ansprache.

Markt- und Wochenpreise vom 27. Mai.

Der gestrige Mittwochsmarkt auf dem Wilhelmshafen zeigte nur einen sehr mäßigen Besuch. Die Kauflust war sehr klein. Die Beschäftigung des Marktes war in allen Artikeln sehr gut. Das Gemüse zeigte Preisermäßigung. Salat wurde der Kopf mit 10 Pf., 3 Köpfe mit 20 Pf. abgegeben. Die Selbstgezeugten brachten so viel Frischgemüse, daß sie einen Teil wieder nach Hause mitnehmen konnten. Apfelsinen werden seltener und auch etwas teurer, ebenso lassen die Eier eine leichte Steigerung der Preise zutage treten. Butter hielt den alten Preis, ebenso die Hühner. Fleisch- und Wurstwaren schwankten wenig im alten Preise. Neue Kartoffeln hielten den letzten Tagespreis von 25 Pf. pro Pfd. Die ersten Kirichen und der erste Kohlstrahl waren gestern erschienen. Die Preise waren aber noch unerschwinglich. Ein halbes Pfund Kirichen kostete 1,00 Mark, Kohlstrahl, noch sehr mäßig, kostete 20 Pf. das Stück. Der Markt wurde zeitig geräumt.

Wetterbericht. Veränderlich. Der Luftdruck ist über dem Festlande im allgemeinen gesunken und vom Ozean zieht ein kräftiger Tiefdruck heran, dem weit draussen auf dem Ozean noch weitere folgen. Es ist daher in den nächsten Tagen mit unbeständigem Wetter zu rechnen. Vorhersage bis Freitag: Veränderlich, zeitweise Regen, vereinzelt auch in Form von Schauern, mäßig kühl, aufziehende südwestliche Winde.

Schulfrage. In zahlreichen Vögeln wurden Mittelnahmen über eine bevorstehende Schulerhöhung gebracht und dabei bereits bestimmte Ziffern genannt. Wie der Märkische Preussische Volksblatt von ausländischer Stelle erfährt, sind alle diese Nachrichten verfehlt.

Porto für Pfingstgrüße. Gedruckte Pfingstgrüße werden sowohl unter Umhüllung als auch offen nur dann für 3 Pf. mit der Post befördert, wenn in ihnen nichts geändert oder hinzugefügt ist. Zufällig ist nur die Nachtragung oder Menderung der Absenderangaben. Erhalten solche Glückwunschkarten Zuzüge — die aber nicht mehr als 5 Worte betragen dürfen —, d. h. „Liebster“ oder „Liebste“ findet mit „Grüßen“ u. dgl. so kosten sie bei der Verendung im Briefumschlag sowohl im Orts- als auch im Fernverkehr 5 Pf. Werden sie offen verpackt, so unterliegen sie im Ortsbereich einer Gebühr von 3 Pf., im Fernverkehr einer Gebühr von 5 Pf. Unzureichend freigemachte Sendungen werden mit Nachgebühr belastet. Es kann daher den Versendern nur dringend geraten werden, die Bestimmungen zu beachten.

Eine Gruppenreise deutscher Philologen nach der Pyrenäenhalbinsel wird im Interesse des spanischen Unterrichts von der Spanischen Reichsarbeitsgemeinschaft (Berlin) in Verbindung mit dem Ibero-amerikanischen Institut (Sambura) in der Zeit vom 24. Juli bis 29. August 1925 zur Teilnahme an der spanischen Woche der Universität Coimbra veranstaltet. Die Reise erfolgt mit einem Dampfer des Norddeutschen Lloyd, die Rückreise über Frankreich. Anfragen mit Rückporto sind an das Ibero-amerikanische Institut, Norddeutsche Allee 5, zu richten.

Deutsche Volkspartei. Die Versammlungstätigkeit der Deutschen Volkspartei sollte nach einer kleinen Ruhepause seit der Reichspräsidentenwahl wieder stark ein. In der letzten Woche fanden folgende Versammlungen statt: Die Orts- und Jugendgruppe Prinz von Preußen versammelte am 23. Mai in der Wirtschaft Wähl einen Unterhaltungsabend, der regen Beifall gefunden hat. Der Ortsverein Saer versammelte seine zahlreichen Mitglieder in der Wirtschaft Wölter zu einem wohlwollenden Unterhaltungs- und Familienabend. Am 24. Mai tagte der Bezirksverein Altenbochum im 2. im Lokale Hufstadt. Als Redner war Amtsgerichtsrat Terberger erschienen, der durch seine feine durchdringende Ausführungen die Mitglieder fesselte. Herr Terberger sprach am gleichen Tage vor Parteifreunden des 1. Stadtbezirks im Lokale Knepper über wirtschaftspolitische Fragen. Seine interessanten Ausführungen fanden den lebhaftesten Beifall der Versammelten. — Der Bezirksverein Hamme 3 hielt am letzten Sonntag seine Generalversammlung in der Wirtschaft Döppe ab, besaß der Ortsverein Werne eine auf beachtliche Mitgliederzahl in der Lokale Kranen. Geschäftsführer Weber sprach über die Auswirkungen der Wahl Hindenburgs auf das politische Leben, ferner über die außenpolitische Lage. Kaufmann Zimmermann gab einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit der volksparteilichen Gemeindeglieder in Werne. Sämtliche Versammlungen waren sehr gut besucht. Die Ansprachen in den vielen Versammlungen bewiesen, daß die D. V. P. eine große innere Gemeinschaft ist, die

durch die beiden Gedanken der nationalen Einheit und des freihetlichen Aufbaues im Innern zusammengehalten wird; sie ist und bleibt die Partei des deutschen Liberalismus.

Wichtig für die Reise. Ein großer Teil der Einwohnerchaft im besetzten Gebiet tritt Reisen in die Nachbarschaft und weiteren Umgebungen an, ohne darauf Bedacht zu nehmen, ob ein Personalausweis für die Reise notwendig ist. Jeder muß auch heute noch einen Personalausweis ständig bei sich führen, und zwar einen rechtsgültigen; das heißt, einen solchen, der eine Jahresfrist vom Ausstellungstage nicht überschritten hat. Bei einer Revision, die plötzlich eintreten kann, werden gegen Verfehlungen von Seiten der Befugnisstrafen verfügt. Jeder kann sich bequem vor Unannehmlichkeiten schützen und sich vor Schwierigkeiten bewahren, wenn er sich mit seinem Personalausweis zu seinem Polizeirevier begibt, in dem er wohnt, und ihn dort ob seiner „Nichtigkeit“ prüfen läßt. Die Gebühren für einen neuen Personalausweis sind gering und betragen nur 50 Pf. Die Formulare sind der Kürze halber dem betreffenden Revier schon vorzulegen.

Sonderzüge nach dem Ruhrort. Die Sonderzüge 1.57 Uhr nachm. ab Bochum Hbf. und 2.40 Uhr ab Wankensfeld (Ruhr), 9.54 Uhr nachm. ab Wankensfeld (Ruhr) und 10.39 Uhr ab Bochum Hbf. verkehren auch am 2. Juni (3. Pfingsttag). Dazu werden auch Fahrkarten zu ermäßigten Preisen (Sonntagskarten) ausgegeben.

Zeitungserwerb. Die Befugnis teilt mit: In Anwendung der Verordnung Nr. 232 unterlag der kommandierende General in dem Gebiet der Ruhr und dem Brückenkopf von Düsseldorf für die Zeit von 3 Monaten vom 20. Mai 1925 ab die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, herausgegeben in Essen, auf Grund des Artikels, betitelt „Sindenburg und die Türkei“, der in ihrer Ausgabe vom 11. Mai erschienen ist und welcher einen Abdruck enthält, dessen Inhalt die Würde Frankreichs und seiner Armee gefährdet. Die Exemplare, die sich im Verkauf befinden, müssen beschlagnahmt werden und die Personen, die sich mit dem Verkauf oder der Verteilung beschäftigen, werden mit den für Uebertretungen der Verordnungen des kommandierenden Generals vorgesehenen Strafen belegt.

Schutz der Parkanlagen. Wohl kaum eine Stadt des Ruhrgebietes hat in ihren Mauern so herrliche Grünanlagen, wie wir sie in unserem Stadtpark, dem Zuhpark und dem alten Friedhof an der Wittenstraße besitzen. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Anlagen das Ziel zahlreicher Besucher sind, die dort von dem Lärm des Tages ausruhen wollen. Um für das neue Tageswerk frische Kräfte zu sammeln. Die Parkanlagen prägen gegenwärtig im herrlichsten, Herz und Auge erfreuenden Frühlingskleide. Leider wird das Bild „Julia durch das verneinende Treiben giftiger, roher Personen gestört. Niedergeworfene Rasenflächen, zertrümmerte Schmelze, abgeworfene und weggeworfene Blüten und Blumen, geschädigte Sträucher sowie alle möglichen anderen unüberlegten Gegenstände, Papier und andere Ungeheuerlichkeiten beeinträchtigen bei vielen Parkbesuchern die Freude an der herrlichen Göttesnatur. Mithin müssen so viele Tausende, die zur Verschönerung und weiteren Ausgestaltung der Anlagen dienen könnten, aufgewendet werden, um solche mutwillig herbeigeführte Mißstände zu beseitigen. An alle Parkbesucher ergoht daher wiederholt die bringende Bitte, im Interesse der Erhaltung und Pflege der prächtigen Anlagen unbedingt mehr Ordnung zu halten und die mit der Unflucht betrauten Wälder in ihrer nicht sehr leichtigen Tätigkeit, fesselnde Personen zur Verantwortung zu ziehen, zu unterstützen.

Schmerzlicher Verlust. Ein Angestellter einer Bochumer Firma verlor auf der Autofahrt von Hattlingen nach Bochum seine Briefstafel mit Visitenkarte und einem darin enthaltenen Geldebetrag in Höhe von 1600 Mark. Die Fahrt war über Bielefeld und Bielefeld gegangen. Sachdienliche Mitteilungen, die zur Wiederherbeischaffung der in Verlust geratenen Summe beitragen können, sind an die Polizeiverwaltung Amt Hattlingen zu richten.

Das hiesige französische Militärpolizeigericht verhandelte in seiner gestrigen Sitzung am Landgericht Bochum gegen die Ehefrau Ingenieur Henriette Müller zu Gerthe und gegen den Geschäftsführer Walbert Wilhelm zu Gerthe. Den Beschuldigten wurde in ihrer Eigenschaft als verantwortliche Leiter einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Gerthe zu Vorwurf gemacht, nicht verhindert zu haben, daß die Versammlung das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ anstimmte. Zu ihrer Verteidigung machten die Beschuldigten geltend, daß das französische Büro für zivile Angelegenheiten bei Gelegenheit einer früheren

Fürbörter.

Von Wilhelmine Hied.

(Nachdruck verboten.)

22) Als Lorenzen im Waldmüschlein heimwärts ging, piffte er ganz veranlagt vor sich hin. Es war beinahe, als habe ihm jemand sein altes Selbst zurückgegeben, und er verzog, daß er in der ganzen Gegend der „Fürbörter“ war.

Aber daheim lag neben der Lampe die Zeitung auf dem Tisch und auf der vierten Seite zeigten der Gutsbesitzer Frommann und Anna geborene Kersting die Verlobung ihrer Tochter Josephine mit dem Herrn Heino von Haren an.

Heino hatte sich weilt. Nun Josephine wider Hoffen und Erwarten freigegeben war, sollte sie ihm nicht zum zweitenmal enttäuscht. Seinem Vater, dem Freiherrn, wäre ja eine abgelaufene Schwiegertochter lieber gewesen, aber die Frommanns waren angesehene Leute, verständig auch. So drückte man eben wie mancher Vater heute auf ein Auge zu. Und Josephine war feig, „Frei Frau von Haren“, das klang doch ganz anders, als Frau Lorenzen, und das Gut, das Heino als einziger Sohn einst zu erben hatte, war auch etwas ganz anderes, als die verlassene Klütze Henningshof. Von allem sonstigen gar nicht erst zu reden.

Lorenzen stand mit verzerrtem Gesicht; seine Hand krallte sich mit wildem Griff in das Papier, und er fühlte einen aufsteigenden Schmerz am Herzen. Ob er trotz allem noch etwas für sich erhofft hatte, oder war es die Wut des Wahren, das das geliebte Weib einem anderen überlassen muß? Am nächsten Tage aber tat er etwas, das ihm bisher nicht einfallen in den Sinn gekommen war, ja, hätte es ihm jemand prophezeit, er würde den Propheten verachtet haben. Er ging hin und warb um Anna Kersting; er, Lorenzen, der „Fürbörter“. Sie kam eben mit einem Korb Grünhohl aus dem Garten, trug ein rotes Tuch um den Kopf, und der Wind hatte ihr für gewöhnlich blaues Gesicht leicht gerötet. So sah sie jugendlich aus als sonst, und in ihren Augen lag das Staunen, Kitzeln heute schon wiederzusehen. „Sören Sie nur, wie emsig die Wespen pfeifen.“ Es klang nach

Frühling. Ist etwas geschehen?“ sehte sie plötzlich beunruhigt hinzu, denn sein Gesicht schien ihr verändert.

„Ich möchte mit Ihnen unter vier Augen sprechen. Kann ich es hier tun?“ fragte er kurz.

„Kommen Sie doch ins Zimmer, bitte.“ „Neben nicht. Vielleicht muß ich sofort wieder unterbrechen.“ „Ich wollte Sie fragen“, fuhr er fort, „ob Sie noch etwas sagen konnte, ob Sie — ob Sie sich entschließen könnten, meine Frau zu werden?“

„So, nun wars heraus. Erstrecken sehte sie unwillkürlich ihren Kopf hin und starrte ihn an, während er in hartem Tone fortfuhr: „Mithin ist eine Zustimmung. Wissen Sie, wie die Leute mich nennen?“

Sie machte eine abwehrende Bewegung. „Wir sind immer nur, wie wir sind, nicht wie andere uns nennen. Lassen Sie doch die Leute.“

„Glauben Sie Ihnen nicht?“ „Mein Bruder und ich haben ihnen nie geglaubt, soviel Sie in Frage kommen.“

„Ich habe kein Mittel, meine Unschuld zu beweisen, und hätte ich es, ich würde keinen Finger mehr rühren, um es anzudeuten. Ich verachte die Menschen; sie können mir allemal den Vordel hinaufsteigen. Gänge sind sie, die immer nur nachschauen, was die erste vorgetrübelt hat.“ Er wurde ganz blaß und seine Augen funkelten in bösem Glanz, aber unter seinen harten Worten lag ein unfähiges Weibchen in Anna auf. Wie mühte er geküßten haben, die der Strenge der Bitterkeit so alle Dämme durchbrach.

„Herr Lorenzen“, sagte sie faßt.

„Sie denken, ich bin so schärf. Aber wissen Sie, wie das tut, wenn sich vor einem immerfort gequältem eine Gasse öffnet, weil jedermann ein bündel zurechttritt, als ob man die Kräfte hätte? Wenn das einmal unzufriedenheit widerfährt, ist der Gedanke es nie wieder. Und wenn er sich schon nicht rächen kann, so will er wenigstens verachten.“

Er blickte die Zähne knirschend aufeinander und fuhr ruhiger fort: „Ich bin ja wohl ein Narr, daß ich so zu Ihnen rede. Ich möchte Sie doch gewinnen, und es kann leicht sein, daß ich Sie vergraulen. Aber Sie sollen wissen, wie alles ist, das bin ich Ihnen schuldig. Ich achte Sie hoch, Sie und Ihren Herrn Bruder. Es ist nichts Verstecktes, wenn zwei Menschen sich mit ihrem Urteil gegen das Urteil der ganzen Gegend stemmen.

Und darum möchte ich, daß Sie meine Frau würden. Ich verachte die Menschen und will nichts mehr mit ihnen zu tun haben, aber ich meine, daß wir beide zusammen passen würden.“

„Ich verachte niemand“, sagte sie in ihrer stillen, etwas lehrhaften Art, „und es ist ein Verstum, daß wir die Menschen entbehren können. Wir sind nicht aischaffen, um uns abzuschließen, sondern um miteinander und füreinander zu leben.“

„Sehen Sie, das will ich ja“, sagte er lebhaft, „für Sie will ich leben, Fräulein Anna. Meine Mutter hat mir oft gesagt, ich sei ein guter Sohn, und ein guter Sohn wird ein guter Gemann. Es soll Ihnen nie leid werden, wenn Sie mich nicht Ja sagen; ich werde tun, was in meinen Kräften steht, um Ihnen das Leben angenehm zu machen. Ich würde es Ihnen nie vergessen, wenn Sie zu mir in meine Einsamkeit kämen. Denn — ja — das jag ich offen — ich will mit keinem etwas zu tun haben, mit dem Neuhöfer und dem Schöndewischen so wenig wie mit all den anderen. Wollen Sie es daraufhin mit mir tragen?“

Seine Augen funkelten vorwärts, aber hinter den trotzigsten Worten stand das Weib des erkrankten Herzens. Anna schaute es genau, und es bewegte sie fest. Sie sah nachdenklich vor sich hin; dann sagte sie faßt: „Wir kommt das alles plötzlich. Ich nahm Anteil an Ihnen, aber auf diesen Wegen gingen meine Gedanken nicht. Ich danke Ihnen herzlich, aber Sie müssen mir schon erlauben, daß ich das alles erst in der Stille durchdenke.“

Er verborgte sich mit starrem Gesicht. „Sie wollen mir den Kopf nur nicht gleich geben“, sagte er, sich gehoriam zum Gehen neigend.

Aber es wurde kein Kopf daraus. Anna nahm die wunderliche Wendung an, in der kein Wort von Liebe geredet worden war. In ein überhöhtes Leben trat er, er trug, sei es auch nur das Licht alltäglichen Lebens, durch die Nacht des eigenen Vertrauens andere zu überzeugen und einen erhellten, im Trost erhellten Menschen mit der Welt auszuwählen, wie eine lockende Aufgabe, die ihrer eigenen Persönlichkeit ungeachtet Wert verleiht. Bisher war sie ja ihrem Bruder viel gewesen, aber würde das immer so bleiben? Er hatte schon ein paarmal in so einem Ton von der Tochter eines Kollegen gesprochen, die er im Sommer auf einer Urlaubsreise in Biaz kennen gelernt hatte, daß Anna

die Sorge nicht los wurde, nur die Rücksicht auf sie, die Schwester, konnte ihn vom Seiraten zurückhalten. Wenn sie jetzt Lorenzens Antrag annahm, schuf sie sich eine Lebensaufgabe und machte zugleich dem Bruder die Bahn für etwaige Herzenswünsche frei. Die Einsamkeit von Henningshof schied sie nicht. Sie gehörte zu den Frauen, die, wenn es sein muß, im eigenen Hause volles Genüge finden, und konnte es ihr nicht schieflich gelingen, den Will von Trost und Einsamkeit niederzulegen, den Jürgen so eng und fest um sich gezogen hatte? — So wurde denn ein paar Tage später die Umgegend von Henningshof durch die Anzeige einer Verlobung überflutet, der Hochzeit so schnell folgte, wie die gesellschaftlichen Formalitäten es erlaubten. Josephine radeelte einmal herüber, um Anna Glück zu wünschen, zu einer Tageszeit, da sie sich sicher wähnte, Jürgen nicht zu treffen, sie begegnete ihm aber doch in dem schmalen Gassenweg, der vom Pfarrgarten zur Chaussee führte und kein Unwesliches gestattete. Sie wurde bunt, froh und brüllte sich so nahe sie konnte an die Büsche. In Jürgen's Blick lag etwas, das sie nicht zu lesen verstand, ihr aber solche Angst machte, daß sie erschrocken ausrief: „Zun Sie mir nichts.“ „Dumme Gans“, flücht er verächtlich hervor und aus seinen Augen brach ein so wildes Funkeln, daß Josephine davonstürzte, als sei ein Räuber hinter ihr. Ihren Glückwunsch brachte sie danach überhaupt nicht über die Lippen, sondern stotterte nur: „Willst du es wirklich mit ihm tragen, Anna?“

Die Pastorin'schwester legte ihr den Arm um die Schulter. „Liebe Kleine, wir sind so grundverschieden nach Natur und Lebensauffassung, daß wir einander doch nicht verstehen würden“, sagte sie lehrhaft. „Zah mich dir nur sagen, ich sehe kein Wagnis, nur einen Beruf, den Gott mit bedacht hat, und den ich freudig übernehme. Und nun erzähle mir von dir und deinem Glück.“

Ja, das tat Josephine nur allzu gern, denn da war eitel Freude und Wohlgefallen. Und Heino war so lustig, so verliebt; mit einem Wort, ein lieber Kerl. Sie war schon mit ihm bei seinen Eltern gewesen und sehr freundlich empfangen worden. Im Sommer sollte Hochzeit sein, denn der Schwiegersohn trug sich mit Verkaufsabsichten, und der Freiherr wollte das Gut für Heino erhalten, bis dieser einmal die väterliche Stellung übernahm.

(Fortsetzung folgt.)

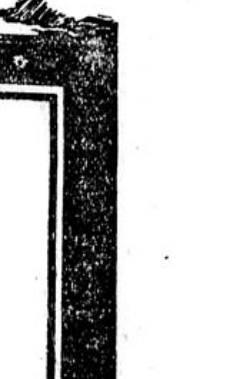


„Fanny“
la. Schweizer Voll-
Voile-Kleid, in rose
und hellblau, mo-
derne, dußige
Süßker
Größe 60

6.30

Bochum

Ausführung des r. die
Wilhelm Stumpf
um, Audenberstr. 11



das farbige
Verlangen.

Warum tragen Sie Ihr Gebiß nicht?
Dasselbe trägt Ihnen unter Garantie ein bestes und ein gutes Gebiß mit best. Färbung 1. — 2. Plomben und künstliche Zähne von 2. — 3. an. — Platten oder Zahnhäut, der natu-
rerneue Preis.
Neu! Isckolodin! Neu!
Es heilen alle Zahnerkrankungen und
für alle besseren Arbeiten gebt
jeder 10 Jahre künstliche Garantie
für Halbarkeit.
Zahnpraxis A. Peters
Fersnstr. 243. Badm. Gallestr. 39.
2. Badm. 1. — (Gg. Rappstadtstr.)
N. N. Mundlich bequeme Zahlungsmeth.
Es bezahlt von 8-7 Uhr abends.

Berufsausbildung.

Zur Frage der Wirtschaftsschule — Erfahrungen und Gedanken.

Von Dr. jur. et rer. pol. Eberhardmann, Gerichtsassessor a. D., Leiter der Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Bochum.

Die Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung, so lautet der amtliche Name der Bochumer Schule, sind auf Veranlassung des Preussischen Handelsministeriums von der Stadt Bochum im November 1923 ins Leben gerufen worden. Die erste Anregung hierzu haben die Bochumer Gewerkschaften gegeben. Die Fachschule ist von der Stadt Bochum an die schon seit 1920 bestehende Märkische Verwaltungsschule angelehnt worden, einer von den Städten Bochum, Herne und Witten, dem Landkreis Bochum und den Kreisen Gelsenkirchen und Witten gegründeten Einrichtung zur fachwissenschaftlichen Ausbildung ihres Beamtennachwuchses.

Die Bochumer Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung stellen einen neuen Wirtschaftsschultypus dar. Während nämlich bei den übrigen Schuleinrichtungen die Schüler ein Jahr lang aus der Berufsarbeit herausgenommen werden, um lediglich Schulunterricht zu empfangen, so besuchen die Schüler der Bochumer Wirtschaftsschule neben der Ausbildung ihres Berufes, insofern sie nicht in der Unterstufe in der späteren Berufsarbeit tätig sind, eine Verlängerung der Gesamtunterrichtsdauer von einem Jahre auf zwei Jahre. Während dieser zwei Jahre wird, abgesehen von den Ferien wöchentlich an drei Abenden von 7—10 Uhr Unterricht erteilt.

In Bochum ist hiermit ein neuer Weg betreten worden, auf den uns die Not der Zeit gedrängt hat. Große Opfer an Energie und Zeit verlangt dieser Weg, da die Schüler während der Schulzeit unter dem schweren Druck ihrer Berufsarbeit und der wirtschaftlichen Sorgen unserer Tage stehen. Der Weg hat sich aber als gangbar erwiesen. Zwei Lehrgänge wurden im Herbst 1923 eingerichtet, und beide Lehrgänge bestehen auch heute noch. Ihre Schüler kommen an den drei wöchentlichen Schulabenden, obwohl ermüdet von ihrer Arbeit, ihrem Vorkurs und der Schulordnung, zu ihren Lehrern, von denen sie sich erst nach dreihündertgeistiger Arbeit trennen, um sich alsdann noch auf den oft sogar 15 Kilometer weiten Heimweg zu machen. In ganzer Truppe tritt uns die Schüler bei, und ein solches Maß von Ernst, Eifer, Energie und Aufmerksamkeit entgegen, das uns häufig innerlichste Bewunderung erregt.

Der aus der Not der Zeit geborene Wertschulcharakter der Bochumer Wirtschaftsschule, an sich ein äußerer Charakterzug, hat naturgemäß auch das innere Leben unserer Schule tief beeinflusst. Zunächst schon dadurch, daß ihrer Arbeit nur 720 Unterrichtsstunden zu Gebote stehen, das sind etwa 60 Prozent der Stunden, welche in einjährigem Lehrgang mit Vollunterricht erteilt werden. Dieser Umstand machte eine Vereinfachung des Lehrplanes notwendig. Hierdurch dürfte jedoch nicht die Systematik und die Gründlichkeit des Unterrichts beeinträchtigt werden. Deshalb blieb nichts anderes übrig, als das Stoffliche einzuschränken und von weniger wichtigen Unterrichtsgebieten ganz abzusehen. Die so ersparungene Stoff- und Fachbeschränkung dürfte dennoch nicht zu einer allzu großen Einengung des Unterrichts führen. Deshalb war es notwendig, zusammenhängende Fachgebiete zu einem Unterrichtsfach zu vereinen, um hierdurch dem Lehrer zu ermöglichen, sich innerhalb des Rahmens des so gebildeten Sammel-faches frei zu bewegen und auch solchen Fragen Beachtung zu schenken, denen ein besonderes Unterrichtsrecht nicht einräumt werden konnte. Das hauptsächlichste Sammel-fach dieser Art ist die Wirtschaftsschule.

Der Stundenplan und der Bedeutung nach ist die Wirtschaftsschule das Hauptfach. Ihre hauptsächlichste Aufgabe besteht darin, in das System der bestehenden Wirtschaftsschulordnung einzufügen und dieses System zu Systemen zeitlicher Wirtschaftsschultheorie in Vergleich zu stellen. Es wird jedoch vermieden, die Schüler auf eine bestimmte Wirtschaftsschultheorie festzulegen. Vielmehr wird ihnen wieder auf die Relativität aller wirtschaftlichen Theorien hingewiesen, um so die Schüler zu selbständigem Denken und zum Zweifel an allen solchen „Wahrheiten“ anzuregen, die ihnen als fest und unumstößlich geboten werden aus welchem Lager die Behälter dieser „Wahrheiten“ auch immer stammen mögen. Man hat an einem Orte, so scheint mir, hier und da noch zu viel Wert auf Unterordnung und Disziplin gelegt, um hierbei zwar einen gewissen Unterrichtserfolg, aber gleichzeitig auch eine gewisse Verflachung der Arbeiterbildung zu erreichen. Hierfür kann nicht bringend genug betont werden. Der Bildungsweg führt, wie alle Wege zu einem hohen Ziele, auch über schwierige Strecken hinweg, die Opfer erfordern. Diese Opfer müssen von wackeren Führern zur Bildung verlangt und von den Schülern bereitwillig gebracht werden. Geht die Wirtschaftsschule denn aus dem Wege, so werden sie auch das Ziel nicht erreichen und da eben, wo die Wirtschaftsschule beginnt, bereits geendet ist.

Innerhalb des systematischen Unterrichts suchen wir nun das zu gestalten, was auf möglichst einfache und klare Pläne zu bringen, indem wir von Neben-sächlichem und von Nebensachen, soweit wie möglich abstrahieren. Dieses Unterrichtsverfahren hat sich sowohl in der Wirtschaftsschule wie auch in der Märkischen Verwaltungsschule, die in mehrjähriger Arbeit Summe von gut vorbereiteten Schülern zum Ziele geführt hat, als notwendig erwiesen. Auf Arbeit und Ein-druckhaftigkeit kommt es bei der Grundbildung, die durch Wirtschaftsschulen bewirkt werden soll, entschieden an. Was wir in den Wirtschaftsschulen zu tun haben, das ist die Entdeckung neuer Schüler von Gefühlen und schmerzhaftiger Einstellung, die Schaffung eines objektiven, klaren Grundbildes und die Schulung formaler Denkfähigkeit. Die Wirtschaftsschulen, die ihre Aufgaben in diesem Sinne erkennen und freudig beschließen, erreichen vielleicht zwar weniger an äußeren Unterrichtserfolgen, aber sie schaffen innere Werte, auf die es allein ankommen muß, wenn nicht die Wirtschaftsschulen in Ver-fachung verfallen wollen.

In diesem Zusammenhang muß auch betont werden, daß die erste schulmäßige Arbeit der Arbeiterausbildung an Hochschulen anstreben oder sie überhaupt hochschulmäßig ausbilden zu wollen. Denn diese Arbeit ist nun einmal nicht Hochschularbeit, sondern Arbeit solcher Schulen, die etwa den Charakter technischer Mittelschulen haben. Im Augenblick geht eine Ueber-planung des Hochschulgedankens durch unser Volk, die vielleicht eine Ueberhöhung der Hochschulausbildung über-kann nicht über eine ungeheure Ausdehnung des Hoch-schulgedankes zur Folge hat. Möge der Gedanke der Arbeiterausbildung sich von dieser kanakischen Strömung fernhalten. Möge es in gesunden Bahnen bleiben.

Ein Eingemeindungsvertrag.

Im Mittelpunkt der kommunalpolitischen Ereignisse stehen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die Eingemeindungsverträge, deren Lösung jetzt akut geworden ist. Der Kampf der einzelnen Städte um die eingemein-denden Orte tobt. Die Für und Wider werden von berufener und unberufener Seite erörtert und er-örtert. Interessant ist es darum, einmal zu sehen, wie bisweilen Eingemeindungsverträge vorbereitet werden, wie sogar Verprechungen gemacht werden, die nicht eingehalten werden können, da ihre Erfüllung den ge-forderten Bestimmungen zuwiderlaufen würde.

Uns liegt der Entwurf eines Eingemeindungsvertrages vor zwischen einer Mittelstadt und einer Landge-meinde. Wir wollen gar nicht mal erwägen, ob diese Eingemeindung wirklich im Interesse der betreffenden Landgemeinde liegt oder ob gar die Stimmung der Be-völkerung nicht für die Angliederung an eine andere Stadt vorherrscht. Wir wollen einfach den Vertrag nach der rechtlichen Seite einer objektiven Kritik unterziehen und nur die Paragraphen herausgreifen, die zu be-mängeln sind.

An einer Stelle heißt es so:

Zur Regelung dringlicher Angelegenheiten, wie Walfahrt, Wohlfahrtspflege (Armenwesen) usw. wird ein Ortsausschuß von 10 Mitgliedern, der seinen Vorsitzenden aus der Zahl seiner Mitglieder wählt, gebildet. Die Beschlüsse des Ausschusses, die nach dem von der Stadtverwaltung gegebenen allgemeinen Richtlinien zu fassen sind, sind für dieselben bindend.

Hier wird also der Stadterhaltung in dem einge-meindeten — nunmehr Stadt-Bezirk — ein Ausschuß vorgelegt, dessen Beschlüsse auch über die Beschlüsse der Stadterhaltungskommission hinaus bindend sind. Nach der Stadterhaltung und den Staatsgesetzen sind beschlußfähig aber nur Stadterhaltungskommission und Magistrat.

In einem anderen Absatz wird die Verbindung mit der Ruhr verlangt und verprochen, durch Eingemein-dung eines anderen Ortes, dessen Anschlußverhältnisse sich in absolut anderer Richtung bewegen. Dieser Ort wird einfach garnicht nach seiner Einordnung ge-fragt. Weiter wird die Regelung einer Straßenbahnlinie von dem eingemeindenden Ort nach dem Norden der Stadt festgelegt. Daß die Straßenbahngesellschaft hier auch ein Wortchen mitzureden hat, fiel den Vertrags-schließenden Parteien wohl garnicht ein. Diese Rege-lung sollte — bis 1925 in Kraft getreten sein. Bis jetzt ist dies nicht der Fall.

Es kommt aber noch schöner. In einem anderen Absatz heißt es:

Bestrebungen auf dem Gebiete der Einheitschule sind, soweit es für die Stadt möglich, von dieser mit allen Kräften zu fördern.

Wenn diese Abmachung auch anderseitige Entschü-dungen offen läßt, so ist doch zu berücksichtigen, daß die Stadt am allermeisten auf die Einheitschulbildung einwirken kann.

Weiter heißt es dann:

Abänderungen dieses Vertrages nach der Einge-meindung sind nur mit Zustimmung aller Stadt-Verordneten aus dem betreffenden Be-

zirk der jetzigen Landgemeinde zulässig, wenn keine Eingabe aller Stadterordneten er-ziegt wird, durch Volksentscheid dieses Be-zirks.

Sollte sich die Stadt demnach selbst eingemeinden lassen, so steht der bisherigen Gemeinde das Recht zu, über ihre Eingemeindung wieder durch Volksent-scheid selbst zu bestimmen.

Die Bildung von Zweiverbänden wird hierdurch nicht berührt.

Diese Vereinbarung steht zu den geltenden Gesetzen direkt im Widerspruch, die ebenso, wie auch die Städteordnung, in fälschlichen Dingen den Volks-entscheid überhaupt nicht vorzusehen.

In der Rubrik „Verkehrs- und Verwaltungsein-richtungen“ heißt es dann:

Kataster und Gerichtsbarkeit müssen in den Mit-telpunkt der zukünftigen Stadt verlegt werden. Die bestehende Posteinrichtung muß erweitert werden.

Also Staat und Reich haben einfach nichts zu be-stimmen, wenn die Eingemeindungspläne einer Mittel-stadt ihre Ziele verfolgen. Ob sich die Regierungskassen so ohne weiteres damit abfinden werden, ist nach An-sicht der Parteien ganz gleichgültig.

Ueber das Schulwesen werden ebenfalls Ab-machungen getroffen, die in die Rechte der Staatsregierung eingreifen. Es heißt an dieser Stelle des Eingemeindungsvertrages:

„Die gegenwärtig in der Gemeinde angelegten Lehrern können nur mit ihrem Einverständnis in andere Stadteile verlegt werden.“

Seit wann verfügen eigentlich die Städte über die Verlegung von Lehrkräften?

Nur in den Schulbestimmungen wird endlich dem Staate bei der Schlichtung von Streitigkeiten ein gewisses Entscheidungsrecht zugestanden und er wird wahrheitsgemäß recht reichlich davon Ge-brauch machen — aber nicht genug damit, wird er wohl einen solchen Vertrag niemals zustim-men, sondern energisch dagegen Einspruch er-heben.

Dieser Vertrag müßte uns an, als wäre er von irgend jemand verfaßt, dem Verfassungen und Ge-setze unbekannt wären. Eingemeindungsver-träge, die mit einer solchen Majorität abgefaßt werden, würden wohl manchen braven Bürger in Erschauern setzen, wenn sie vollzogen würden — aber Gott sei Dank geht das ja nicht so ohne weiteres.

Es soll hiermit nur festgestellt sein, welcher Unfug bei der Erörterung von Eingemein-dungsverträgen verpackt wird, mit welcher Leichtfertigkeit Verprechungen gegeben werden, die sich nicht einhalten lassen, wie unbedachtlich Fragen gestellt werden, von denen ein ganzes Wirtschaftsleben ab-hängt.

Nun, Bochum löst seine Eingemeindungsverträge anders. Deswegen sollten sich aber auch die Land-gemeinden in der Umgebung Bochums bewußt sein und wohl abwägen, ob ihre Interessen hier oder dort wirklich gewahrt werden. Mit Verprechungen, denen jede Realität fehlt, ist den Gemeinden wahr-scheinlich nicht gedient, und kann man kommunalpoli-tisch keinesfalls machen.

Die Angelegenheiten für ein Reichs-Berg-Gesetz.

TU. Eilen, 26. Mai. Den nachfolgenden An-trag bezüglich Einführung eines Reichsberggesetzes haben die Arbeiter- und Angestelltenverbände der Arbeitsschwerindustrie für den Ruhrgebiet der Ruhr-gebiets auf Grund der am 23. d. Mts. abgegebenen Stellungnahme der Regierungsvorstände überhand:

„Die in letzter Zeit erfolgten großen Massen-angriffe im Ruhrgebiet des Ruhrgebietes, so wie die besonderen Gefahren, die der Bergbau in sich birgt, erfordern geheimerweise eine Verbesserung und Reorganisation des Be-schäftigten und der Arbeiterangelegenheiten. In erster Linie ist es erforderlich, die durch die ver-schiedenen Landesgesetze verordnete Berggesetzgebung durch Schaffung eines Reichsberggesetzes ein-heitlich zu regeln. Insbesondere muß im neuen Reichsberggesetz der berufliche und so-ziale Schutz der Arbeiter und Angestellten in der Bergbauindustrie sichergestellt werden. Es müssen daher die neuen arbeitsrechtlichen Bestimmungen Berücksichtigung finden. Die Gruppe der Arbeiter und Angestellten der Arbeitsschwerindustrie für den Ruhr-gebiets auf Grund der am 23. d. Mts. abgegebenen Stellungnahme der Regierungsvorstände überhand:

Der Monatsbericht der Reichsbahn-gesellschaft.

Berlin, 27. Mai. Nach dem Monatsbericht der Deutschen Reichsbahngesellschaft für den Monat April 1925 hat sich der Eisenbahngüterverkehr im April gegenüber dem Vormonat nur wenig ge-ändert. Nur der Güterverkehr gestiegene sich zum Teil lebhafter. Die Verschleppung des Kohlenver-kehrs, besonders infolge des Rückganges des Haus-brandbedarfs, hielt an. Aus den hauptsächlichsten Kohlengebieten (Ruhr, Deutsch-Ober-Schlesien, Mittel-schlesien, Sachsen) wurden etwa 13 Prozent weniger abgefördert als im Vormonat. Im mitteldeutschen Braunkohlrevier erreichte dieser Rück-gang sogar 22 Prozent. Die Anforderungen an den Betrieb für den Güterverkehr wiesen im April nur geringe Veränderungen gegen den Vormonat auf. Die Fahrpläne der Hauptstrecken sind für eine erhöhte Geschwindigkeit von 40 Kilometer die Stunde nunmehr durchgearbeitet, jedoch die Durch-führung der erhöhten Geschwindigkeit mit dem Hauptplanwechsel gestoppt. Die in den letzten Monaten geschaffenen und ausgebauten Güter-zugverbindungen waren im allgemeinen ausreichen-d befähigt. Auch im April ist der Wagenpark nicht voll in Anspruch genommen worden. Der Personenver-kehr zeigte eine leichte Belebung, jedoch die Rück-

gang der Güter, die in den früheren Monaten bei dem schwächeren Verkehr vorgenommen wurde, teil-weise wieder aufgenommen werden mußte. — Dem zweiten Teil des Berichtes, der das Tarifwesen behandelt, ist u. a. folgendes zu entnehmen: Die Kilometerfahrge für die Personentarife betragen nunmehr in der ersten Klasse 10,8 Pfg. gegen 9,6 Pfg. bisher, in der zweiten Klasse 7,5 Pfg. gegen 6,6 Pfg., in der dritten Klasse 5 gegen 4,5 Pfg., in der vierten Klasse 3,3 gegen 3 Pfg. Was den Güterver-kehr betrifft, so wurden sowohl im Rahmen der Gütertarifsetzung als auch durch den Ausbau der Ausnahmestellen verschiedene Frachtarifherabsetzungen gewährt. Neu eingeführt wurden einige Aus-nahmetarife und eine Anzahl weiterer Abänderun-gen bereits bestehender Ausnahmestellen wurden in der Berichtszeit durchgeführt. — Abschnitt 3 be-handelt die Finanzen. Danach wurden für März 1925 an Einnahmen der Betriebsrechnung zusammen 360 449 000 Reichsmark, an Ausgaben der Be-triebsrechnung zusammen 307 551 000 Reichsmark und an außerordentlichen Ausgaben 26 101 000 Reichsmark ermittelt. Der Bericht bemerkt hierzu, obgleich der Eisenbahnbetrieb im März 1925 nicht unbedeutenden Störungen durch Teilschließungen und un-günstige Witterungsverhältnisse ausgesetzt war, sind die Einnahmen im allgemeinen nicht hinter den An-forderungen des Monatsplans zurückgeblieben. Daß auch im April 1925 mit einem planmäßigen Verlauf der Betriebswirtschaft gerechnet werden kann, zeig-nen die bisher vorliegenden Ergebnisse. — Wie aus dem letzten Abschnitt, Personalfragen, hervorgeht, verringerte sich der Personalbestand weiter. Der Personalabbau im besetzten Gebiet, sowie die Ein-schränkung der Belegschaften in den Westfronten haben eine Personalverminderung von rund 25 500 Köpfen gebracht. Ein geringer Teil Ausgewiesener hat wegen Wohnungsmangel noch nicht in die Heimat zurückkehren können und muß im un-be-setzten Gebiet weiter betreut werden.

Gnabengesuche.

Die zukünftigen Instanzen.

Berlin, 27. Mai. Das Büro des Reichspräsidenten teilt mit: Bei dem Herrn Reichspräsidenten läuft täg-lich eine große Anzahl von Gnabengesuchen ein, für deren Entschcheidung der Herr Reichspräsident ver-fassungsgemäß nicht zuständig ist. Es wird darauf hingewiesen, daß das Gnabengesuch dem Herrn Reichspräsidenten nur in den Fällen zusteht, in denen das Gericht des Reiches, also das Reichsgericht in erster Instanz, der Staatsgerichtshof, ein außerordent-liches Gericht, Militärgericht oder das Reichsjustiz-kanzleramt ein Urteil gefällt hat. In der weitaus grö-ßeren Anzahl von Fällen, in denen die Gerichte eines Landes, wie das Schöffengericht, die Strafkammer und das Schwurgericht Recht gesprochen haben, steht das Gnabengesuch in Frage. Es kommen dann die Sa-destatuten in Betracht. Die Gnabengesuche, die hier-nach unzulässigerweise bei dem Herrn Reichspräsi-denten einlaufen, werden ohne Stellungnahme an Justiz-ministerien der Länder abgegeben. Die Einreichung beim Herrn Reichspräsidenten bedeutet lediglich einen Wegzweigen, zeit- und ortsunabhängig, den zu vermeiden im Interesse des Beschäftigten wie der Be-förden liegt.

Neues aus aller Welt.

Schüler von einer einflussreichen Rede verführt.

1. Folter.

Dienstag nachmittag ereignete sich auf dem Bismarck-turm bei Bad Dürkheim ein schweres Unglück. Zwei Knabenschuljungen aus Frankenthal, die sich auf einem Ausfluge befanden, beschlössen den Bismarckturm. Hierbei stürzte plötzlich die Decke des zweiten Stockes. Ein Knabe wurde durch die Decke in den ersten Stock geschleudert. Zu dem Unglück meldet das „Dürkheimer Tageblatt“ noch folgende Einzelheiten: Dienstag nach-mittag ereignete sich auf dem Bismarckturm auf dem Bismarck-turm ein schweres Unglück durch Einsturz des Betonbo-dens an der Westseite des Turmes, während sich dort ein Lehrer mit etwa 12 Schülern aus Frankenthal be-fand. Mit dem Boden stürzten neun Kinder auf die dar-unter befindlichen Terrassen. Sie wurden sämtlich mehr oder minder schwer verletzt. Vier Kinder erlitten Ver-brüche, davon ein 12jähriger Knabe auch noch innere Verletzungen, während die übrigen mit Verletzungen ver-letzt wurden. Der Lehrer und zwei Schüler blieben dadurch vor dem Absturz bewahrt, daß sie sich auf einer etwas seitwärts gelegenen Stelle befanden, die nicht einstürzte. Etwa 20, auf der unteren Terrasse befindliche Schüler, konnten sich vor dem Einsturz der Betonmassen rechtzeitig in Sicherheit bringen. Nach Anlegung von Notverbanden durch die Sanitätskolonne Frankenthal wurden die Verletzten alsbald in das Städtische Krankenhaus nach Frankenthal übergeführt. Ein Knabe, der Schüler ist auf dem Transport verstorben, während bei den übrigen keine Lebensgefahr be-steht. Was die Ursache des Unglücks betrifft, so nimmt man an, daß in dem Betonboden infolge Bodenlockerung ein Riß entstanden war, den Ausflügler schon vorige Woche beobachtet haben wollten.

Vom Witze erschlagen. Einer Wittermeldung aus Halle zufolge erschlug der Witze in Landgrafroda zwei Dienstmädchen eines Landwirts, die mit ihrem Arbeit-geber vor dem Gemeittergeren unter einem Baume Schutz gesucht hatten. Der Landwirt wurde belächelt, erholte sich aber bald.

Ein Gerüst vom Autabus umgerissen. Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus Breslau, ein Autabus sei an der Ecke der Kaiser Wilhelm- und Viktoriastraße ein vier Stach hohes Gerüst um. Ein von dem Gerüst her-abhängendes Seil hing sich im Trittbrett des Wagens. Der Führer des Autobusses fuhr weiter, ohne etwas gemerkt zu haben. Im gleichen Augenblick stürzte das ganze Gerüst in sich zusammen und rief die darauf ar-beitenden Sandwerker in die Tiefe. Drei Arbeiter waren sofort tot, zwei wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Der stellvertretende Polizeipräsident und ein Vertreter der Staatsanwaltschaft begaben sich sofort an die Unglücksstelle.

Großfeuer. Einer Wittermeldung aus Regensburg zufolge brach in der Metallwarenfabrik Brandner u. Sellmaier Feuer aus, das in wenigen Minuten drei schäftige Arbeiterinnen sprangen in den Hof, wo sie mit schweren Verletzungen liegen blieben. An dem Wo-fen kamen der einen Arbeiterin, die das Mägdgen brach, vier Arbeiterin.

Anschuß. In München lauerte ein Mechaniker einen Hilfsarbeiter, mit dem er vorher in einer Wirt-schaft einen Streit gehabt hatte, auf und verlegte ihm einen Messerflügel in die Brust. Während ein Teil der Menschenmenge, die der Vorfall angezogen hatte, sich des Verurteilten annahm, warf der andere Teil mit Pfei-stersteinen nach dem Täter, der am Kopfe getroffen be-wußtlos zusammenbrach. Er ist im Krankenhaus ge-storben.

Großfeuer in Gröba. Morgens in der vierten Stunde entstand in dem am Hafen gelegenen umfangreichen Holzlager der Habel- und Sagenwerke von Georg Mä-ler in Gröba (Sachsen) ein unbekannter Ursprung ein Großfeuer, das an den riesigen Vorräten von Rund-holzern verheerende Art reiche Nahrung fand und eine benachbarte chemische Fabrik in Mitleidenschaft zog. Aus Riesa und Umgebung, auch aus Dresden und Leip-zig erschienen Feuerwehren; sie mußten sich auf den Schutz der umliegenden Gebäude beschränken. Die Um-gabung der Brandstätte ist durch Schuttpolizei abge-sperrt. Menschenleben sind, soweit bisher bekannt ge-worden, nicht zu Schaden gekommen. Dagegen soll der Sachschaden sehr groß sein.

Ein Göttertötungsmordfall schenkt dem Bringen von Wales seine Tochter. Als der Prinz von Wales das Kappland verließ, erschien auf dem Bahnhof ein Got-tentötungsmordfall mit zwei seiner Leute, die ein riesi-ges Paket mitschleppten, das der Kämpfer dem abrei-ßenden Prinzen zum Geschenk machen wollte. Als man es öffnete, erschien eine junge Wegerin, die eigene Tochter des Kämpfers. Nur dem Umstand, daß der Zug sich in demselben Augenblick in Bewegung setzte, hatte es der Verlegenheit verleiht wurde, das Geschenk des Kämpfers zurücknehmen zu müssen.

zusammenhängende Fabrikgebäude in ein Flammenmeer verwandelt. Drei im zweiten Stockwerk der Fabrik be-

Eingefandt.

(Für Mitteilungen unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die presserechtliche Verantwortung.)

Unhaltbare Zustände der Bochumer-Gesellschaft.

Straßenbahn auf der Werner Linie.

Werne scheint das Stiefkind der Bochumer-Gesell-schaft. Straßenbahn auf der Werner Linie. Die Werner Linie, die einen regen Durchgangsverkehr zum Bahnhof Langendreer hat, etwas modernere Wagen tiefen und keine mittelalterlichen Wartereinrichtungen.

Werner Fahrkarte.

Willst Du weisse Wäsche wasche mit Pece!

Pece

ist die erste selbstkühlende

Bleichseife

Frei von Soda, Wasser, oder sonstigen schädlichen Beimischungen, daher höchste Schonung des Wäschestoffes. Erfolg: Ohne Raschlecken blühen weisse Wäsche! Paket nur 45 Pfg.

Pece-Cremes, Seifenwerke, Düsseldorf

